

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 4. März 2003

Inhalt:

| | |
|---|----|
| Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten | 1 |
| Alterspräsident Wolfgang Ontijd | 1 |
| Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den Alterspräsidenten | 3 |
| Mitteilung über die Bildung der Fraktionen | 5 |
| Genehmigung der Tagesordnung | 5 |
| Wahl des Landtagspräsidenten | 6 |
| Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten | 6 |
| Präsident Jürgen Gansäuer | 6 |
| (Erste Beratung): Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 15. Wahlperiode - Drs. 15/1 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/3 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 15/4 - Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/5, 15/6 und 15/7 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 15/8 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/9..... | 10 |
| Bernd Althusmann (CDU) | 10 |
| Heike Bockmann (SPD) | 13 |
| Enno Hagenah (GRÜNE) | 15 |
| Ausschussüberweisung | 16 |

| | |
|---|----|
| Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer | 17 |
| Feststellung der Konstituierung des Landtages der 15. Wahlperiode | 19 |
| Wahl des Ministerpräsidenten | 19 |
| Christian Wulff (CDU) | 23 |
| Christian Wulff, Ministerpräsident | 23 |
| Vereidigung der Landesregierung | 24 |
| Christian Wulff, Ministerpräsident | 24 |
| Uwe Schünemann, Innenminister | 25 |
| Hartmut Möllring, Finanzminister | 25 |
| Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Frauen, Arbeit, Soziales | 25 |
| Bernd Busemann, Kultusminister | 25 |
| Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur | 25 |
| Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr | 25 |
| Hans-Heinrich Ehlen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 26 |
| Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin | 26 |
| Hans-Heinrich Sander, Umweltministerr | 26 |
| Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten | 26 |
| Christian Wulff, Ministerpräsident | 26 |
| Nächste Sitzung | 46 |

Vom Präsidium:

| | |
|-----------------|----------------------------------|
| Präsident | Jürgen Gansäuer (CDU) |
| Vizepräsident | Ulrich Biel (SPD) |
| Vizepräsidentin | Astrid Vockert (CDU) |
| Vizepräsidentin | Silva Seeler (SPD) |
| Vizepräsidentin | Ulrike Kuhlo (FDP) |
| Schriftführer | Lothar Koch (CDU) |
| Schriftführerin | Georgia Langhans (GRÜNE) |
| Schriftführer | Wolfgang Ontijd (CDU) |
| Schriftführerin | Christina Philipps (CDU) |
| Schriftführer | Friedrich Pörtner (CDU) |
| Schriftführerin | Isolde Saalman (SPD) |
| Schriftführerin | Bernadette Schuster-Barkau (SPD) |
| Schriftführerin | Brigitte Somfleth (SPD) |
| Schriftführerin | Irmgard Vogelsang (CDU) |
| Schriftführerin | Anneliese Zachow (CDU) |

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Christian Wulff (CDU)

Innenminister
Uwe Schünemann (CDU)

Finanzminister
Hartmut Möllring (CDU)

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales
Dr. Ursula von der Leyen (CDU)

Kultusminister
Bernd Busemann (CDU)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Walter Hirche (FDP)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Justizministerin
Elisabeth Heister-Neumann (CDU)

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Beginn: 11.00 Uhr.

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Wolfgang Ontijd:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Nachdem wir uns vor kurzer Zeit unter Gottes Wort gestellt haben, möchte ich zunächst einmal den beiden Bischöfen, Herrn Bischof Homeyer und Herrn Bischof Krug, ganz herzlich für die Worte danken, die an uns gerichtet worden sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ebenfalls ganz herzlich danken möchte ich natürlich auch den Mitgestaltern des Gottesdienstes, dem Schulchor der Ludwig-Windthorst-Schule unter Stabführung von Frau Schüer und dem Kantor der Marktkirche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Niedersachsen ist ein schönes Land, ein vielseitiges, ein vielschichtiges und auch ein großes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, einem demokratischen Staatswesen, das auf Grundwerten aufbaut, wie sie unsere Nationalhymne in der ersten Zeile so trefflich nennt: Einigkeit und Recht und Freiheit. Um unser gemeinsames Bekenntnis zu diesen Werten zum Ausdruck zu bringen, bitte ich Sie nunmehr, sich zu Beginn dieser konstituierenden Sitzung von Ihren Plätzen zu erheben und unter der musikalischen Begleitung des Blechbläserensembles des Polizeimusikcorps Niedersachsen unter Leitung des Ersten Polizeihauptkommissars Ulrich Brettschneider die Nationalhymne zu singen.

(Die Abgeordneten erheben sich und singen die Nationalhymne)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal meinen Dank an das Blechbläserensemble unter der Leitung von Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Brettschneider richten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Zur konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landta-

ges der 15. Wahlperiode heiße ich Sie alle herzlich willkommen.

Nach § 68 unserer Geschäftsordnung leitet der oder die älteste Abgeordnete die erste Sitzung des neu gewählten Landtages bis zur Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten.

Ich bin Wolfgang Ontijd aus Aurich, im Wahlkreis 94 gewählter Abgeordneter dieses Landtages. Ich wurde am 8. März 1937 geboren. Ich frage, ob sich unter den gewählten Mitgliedern dieses Landtages jemand befindet, die oder der älter ist als ich. - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Das ist zwar schade, aber nicht zu ändern.

(Heiterkeit)

Ich eröffne daher hiermit die erste Parlaments-sitzung des neu gewählten Landtages und begrüße auch alle Gäste, die die Sitzung aus den Logen und auf den Tribünen verfolgen.

Um bis zur Wahl des Präsidiums einen Sitzungsvorstand bilden zu können, ist es natürlich notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Mitglieder des Landtages aufzurufen, die bis zu diesem Zeitpunkt mit mir gemeinsam diesen Sitzungsvorstand bilden. Ich fühle mich hier auch noch einigermaßen einsam. Ich bitte als vorläufige Schriftführer die Abgeordnete Frau Britta Siebert von der CDU, geboren am 5. Juni 1975, und den Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen von der FDP, geboren am 21. Februar 1978, zu mir zu kommen. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt wahrzunehmen, Frau Britta Siebert und Herr Jan-Christoph Oetjen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

- Statt Widerspruch habe ich nur Beifall bekommen. Deswegen bitte ich Frau Britta Siebert, zu meiner Rechten, und Herrn Oetjen, zu meiner Linken Platz zu nehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen ihre Plätze am Präsidententisch ein)

Ich danke Ihnen beiden, dass Sie dieses Amt annehmen und den Sitzungsvorstand damit komplett machen.

Lassen Sie mich einige Worte an Sie richten, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen und verehrte Gäste.

Zur heutigen konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode begrüße ich Sie noch einmal sehr herzlich und heiße Sie hier im Leineschloss, dem Sitz unseres Landesparlamentes, willkommen.

Besonders herzlich begrüße ich die große Zahl der Gäste auf den Tribünen und in den Logen dieses Hauses, die unsere heutige erste Sitzung begleiten. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter unserer pluralen Gesellschaft. Ihre Anwesenheit macht deutlich, was die zentrale Aufgabe unseres zukünftigen parlamentarischen Wirkens sein wird: die unterschiedlichen Meinungen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in ein gemeinwohlverpflichtetes Handeln umzusetzen, das die Aufgaben und die Probleme des Landes und seiner Menschen löst.

Unter unseren Gästen sind viele Träger wichtiger Ämter, Aufgaben und Funktionen, Persönlichkeiten, die sich um das Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger hoch verdient gemacht haben. Sehen Sie es mir aber nach, dass ich Sie nicht alle namentlich nennen kann. Ich begrüße Sie alle an dieser Stelle sehr herzlich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ihre Anwesenheit lässt uns die tatkräftige Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen spüren, auf die wir in unserer zukünftigen Arbeit angewiesen sein werden. Das macht uns Mut, mit Eifer und Elan an die vor uns liegenden - sicherlich nicht einfachen - Aufgaben zu gehen.

Begrüßen möchte ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Sie haben in unserer Demokratie eine wichtige, aber auch verantwortungsvolle Aufgabe. Wie sie über uns und unsere Arbeit berichten, trägt entscheidend dazu bei, wie im Lande Politik wahrgenommen wird. Deshalb fordere ich Sie auf, unsere Arbeit auch weiterhin kritisch zu begleiten. Ich darf Sie aber gleichzeitig auch bitten, den Blick für faires Verhalten und Wahrhaftigkeit nicht aus dem Auge zu verlieren. Eine sachliche Berichterstattung aus dem Landtag ist eine wichtige Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger des Landes, insbesondere bei den häufig sehr komplexen Themen, die hier verhandelt werden. Landespolitik ist schließlich ein wichtiges Element unseres föderativen Gesamtstaates.

Meine Damen und Herren, am 2. Februar haben die Wählerinnen und Wähler unseres Landes ein

deutliches Votum abgegeben. Dies hat zu großen Veränderungen im neuen Landtag geführt. Ob Mehrheit oder Minderheit, eines sollten wir alle nicht vergessen: Wir alle sind, so sieht es die Verfassung vor, Vertreterinnen und Vertreter des gesamten Volkes - nicht nur der Menschen, die uns gewählt haben. Gemeinsam sind wir berufen, dem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern zu dienen, ihnen sind wir Verantwortung für unser Handeln schuldig, doch in unseren Entscheidungen in letzter Konsequenz nur unserem Gewissen unterworfen.

Wenn ich hier ins Parlament schaue, so sehe ich viele neue Gesichter. Das bedeutet auch, dass etliche Abgeordnete des Landtages der 14. Wahlperiode dem neuen Landtag nicht mehr angehören werden. Ihnen, die sich in den letzten fünf Jahren hier im Landtag für das Land und seine Menschen eingesetzt haben, gelten unser Dank und unser besonderer Gruß.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Unter denjenigen, die ausgeschieden sind, befinden sich viele altgediente Kolleginnen und Kollegen. Sie haben die Geschicke des Landes über einen langen Zeitraum begleitet und mitgestaltet.

Ich denke dabei an meinen Vorgänger im Amte des Alterspräsidenten, den Abgeordneten Willi Heineking - ihn zeichnete die große Verbundenheit zu seiner niedersächsischen Heimat aus - oder an den Kollegen Ernst-Henning Jahn - er gehörte dem Landtag fast 33 Jahre lang an und hat persönliche Spuren hinterlassen.

Zu den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen gehört auch die Mehrzahl der Mitglieder des bisherigen Präsidiums. Deshalb möchte ich an dieser Stelle in besonderer Weise dem scheidenden Präsidium und seinem Präsidenten, Herrn Professor Wernstedt, herzlich für seine geleistete Arbeit danken. Sie haben dem Haus vorbildlich gedient, es geleitet und bestens präsentiert.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich denke letztlich aber auch an diejenigen, die uns im Laufe der letzten Wahlperiode für immer verlassen mussten.

Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, danken Ihnen, die Sie dem neuen Landtag nicht mehr angehören werden, für Ihr großes Engagement, die gute und kollegiale, teilweise langjährige

Zusammenarbeit, Ihren wertvollen politischen Rat und vielfältige menschliche Beziehungen bis hin zu langjährigen Freundschaften, die sich im Laufe der Zeit auch über die Parteigrenzen hinweg entwickelt haben. Der französische Staatsphilosoph Talleyrand hat einmal festgestellt, dass „kein Abschied schwerer fällt als der Abschied von der Macht“.

(Heiterkeit)

Deshalb begleiten Sie in Verbundenheit und im Bewusstsein, dass wir diesen Abschied eines Tages auch alle selber vollziehen müssen, unsere herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche für Ihre weitere Zukunft, sei dies der entspannte Ruhestand oder die neue Herausforderung in einer anderen Aufgabe.

Auf der anderen Seite sind viele neue Abgeordnete zum ersten Mal in den Landtag gewählt worden, darunter auch sehr viele junge Menschen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Politikverdrossenheit ist dies eine sehr erfreuliche und begrüßenswerte Tatsache.

Ich heiße Sie alle deshalb in unserer Mitte herzlich willkommen. Trotz vielleicht schon längerer vorausgegangener politischer Aktivität und entsprechender Erfahrung wird es eine Zeit dauern, bis Sie sich in den Betrieb hier im Hause und den parlamentarischen Alltag eingearbeitet haben.

Ich möchte Ihnen Mut machen, mit Elan und Schwung Ihre neue Tätigkeit aufzunehmen. Begeistern Sie uns mit innovativen Ideen und mit einem frischen, lebendigen Geist. Geben Sie uns neue Impulse, und bringen Sie neue Inhalte ein. Aber scheuen Sie sich auch nicht, das Wissen von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu nutzen, einfach um ihren Rat zu bitten.

Wir Älteren in diesem Hause sollten, wann immer es die Situation erfordert, unseren neuen Kolleginnen und Kollegen zur Seite stehen, hilfreich, nicht aufdringlich und möglichst mit der Weisheit und Erfahrung und nicht bevormundend.

Nun erlauben Sie mir noch einige wenige Anmerkungen auf Plattdeutsch in einem Land, das sich selbst zu Recht Zweisprachenland nennt.

Ik bün up de westlikste Eiland van Neddersassen, op der Insel Börkum geboren un upwussen. As een Leden van de ostfreeske Landskup in Aurich, immerhen dat ooldste demokratische Parlament in

Dütsland, hep ik een Bidde an dit Parlament en jou all: Helpt de „Europäische Charta van de Regional- un Minderhetenspraaken“ to mehr Geltung un damit de Uproop van de Heimatbund Neddersassen un holt dat Plattdütske för allen ok in uns Skoulen hoch. Dat is min ernste Bidde an jou vandage hier in dit Parlament.

Nun lassen Sie mich schließen mit dem Wahlspruch im Kirchensiegel meiner Heimatinsel Borkum: Mediies tranquillus in undis. Zu Deutsch: Ruhig inmitten der Wogen.

Möge unser schönes Bundesland Niedersachsen von der Küste bis zum Harz und vom Weserbergland, der Heide, dem Osnabrücker Land, dem Schaumburger Land bis zum Emsland immer ruhig inmitten der Wogen der Zeiten eine gedeihliche Entwicklung erfahren. - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Starker Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt wird es wieder offiziell. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den Alterspräsidenten

und damit zum Namensaufruf. Ich bitte Frau Siebert, die Namen aller Mitglieder des Hauses der 15. Wahlperiode einzeln aufzurufen, und ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, sich dann von ihren Plätzen zu erheben und sich mit „Hier!“, nicht mit „Hier, ja!“, zu erkennen zu geben. Bitte schön!

(Schriftführerin Siebert verliest die Namen der Abgeordneten:)

Johann-Heinrich Ahlers
Michael Albers
Joachim Albrecht
Heinrich Aller
Bernd Althusmann
Dr. Gabriele Andretta
Klaus-Peter Bachmann
Uwe Bartels
Heiner Bartling
Martin Bäumer
Rainer Beckmann
Karsten Behr
Karin Bertholdes-Sandrock
Hans-Christian Biallas

Ulrich Biel
Dr. Uwe Biester
Friedhelm Biestmann
Karl-Heinz Bley
Heike Bockmann
Jörg Bode
Norbert Böhlke
Hennig Brandes
Ralf Briese
Volker Brockmann
Dr. Emil Brockstedt
Christina Bührmann
Bernhard Busemann
Werner Buß
Reinhold Coenen
Helmut Dammann-Tamke
Dr. Karl-Ludwig von Dannwitz
Klaus-Peter Dehde
Hermann Dinkla
Christian Dürr
Ingrid Eckel
Hans-Heinrich Ehlen
Petra Emmerich-Kopatsch
Hermann Eppers
Ursula Ernst
Klaus Fleer
Sigmar Gabriel
Jürgen Gansäuer
Renate Geuter
Rudolf Götz
Alice Grasztat
Ulla Groskurt
Clemens Große Macke
Hans-Dieter Haase
Enno Hagenah
Ilse Hansen
Uwe Harden
Rebecca Harms
Wilhelm Heidemann
Frauke Heiligenstadt
Karsten Heineking
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić
Friedhelm Helberg
Ursula Helmhold (entschuldigt)
Marie-Luise Hemme
Wolfgang Hermann
Bernd-Carsten Hiebing
Reinhold Hilbers
Jörg Hillmer
Walter Hirche
Wilhelm Hogrefe
Ernst-August Hoppenbrock
Frank Henry Horn
Carsten Höttcher

Angelika Jahns
Gabriele Jakob
Meta Janssen-Kucz
Hans-Joachim Janßen (entschuldigt)
Claus Johannßen
Wolfgang Jüttner
Jens Kaidas
Friedrich Kethorn
Karl-Heinz Klare
Hans-Jürgen Klein
Ingrid Klopp
Lothar Koch
Gabriela Kohlenberg
Gisela Konrath
Ina Korter
Ursula Körtner
Gerda Krämer
Klaus Krumfuß
Ulrike Kuhlo
Georgia Langhans
Karl-Heinrich Langspecht
Carsten Lehmann
Dr. Hans-Albert Lennartz
Günter Lenz
Uwe-Peter Lestin
Sigrid Leuschner
Dr. Ursula von der Leyen
Editha Lorberg
Dr. Max Matthiesen
David McAllister
Andreas Meihnsies
Walter Meinhold
Gesine Meißner
Heidrun Merk
Rolf Meyer
Axel Miesner
Johanne Modder
Dieter Möhrmann
Hartmut Möllring
Elke Müller
Heidemarie Mundlos
Jens Nacke
Manfred Nahrstedt
Matthias Nerlich
Dr. Harald Noack
Frank Oesterhelweg
Jan-Christoph Oetjen
Wolfgang Ontijd
Thomas Oppermann
Inse-Marie Ortgies
Ursula Peters
Daniela Pfeiffer
Christina Philipps
Hans-Werner Pickel

Axel Plaue
Claus Peter Poppe
Friedrich Pörtner
Sigrid Rakow
Klaus Rickert
Roland Riese
Friedrich-Otto Ripke
Dr. Philipp Rösler
Heinz Rolfes
Mechthild Ross-Luttmann
Wolfgang Röttger
Jutta Rübke
Brunhilde Rühl
Dr. Joachim Runkel
Isolde Saalmann
Hans-Heinrich Sander
Günter Schlüterbusch
Wittich Schobert
Heiner Schönecke
Kurt Schrader
Ulrike Schröder
Uwe Schünemann
Bernadette Schuster-Barkau
Annette Schwarz
Hans-Werner Schwarz
Uwe Schwarz
Silva Seeler
Regina Seeringer
Britta Siebert
Brigitte Somfleth
Dieter Steinecke
Dorothea Steiner
Karin Stief-Kreihe
Lutz Stratmann
Dr. Otto Stumpf
Joachim Stünkel
Ulf Thiele
Hans-Peter Thul
Björn Thümler
Thorsten Thümler
Rosemarie Tinius
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan
Katrin Trost
Ingolf Viereck
Astrid Vockert
Irmgard Vogelsang
Jacques Voigtländer
Dörthe Weddige-Degenhard
Hans-Hermann Wendhausen
Stefan Wenzel
Silke Weyberg
Amei Wiegel
André Wiese
Gerd Will

Dr. Kuno Winn
Monika Wörmer-Zimmermann
Erhard Wolfkühler
Wolfgang Wulf
Christian Wulff
Anneliese Zachow
Dr. Dr. Roland Zielke

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind 183 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 15. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, dass 181 Mitglieder des Hauses anwesend sind. Der Landtag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtages anwesend sind. - Das ist der Fall. Ich stelle deshalb hiermit die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Mitteilung über die Bildung der Fraktionen

Meine Damen und Herren! Nach § 2 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages können sich die Mitglieder des Landtages, die der gleichen Partei angehören, zu Fraktionen zusammenschließen. Ich teile Ihnen mit, dass sich im Landtag der 15. Wahlperiode vier Fraktionen konstituiert haben: die CDU-Fraktion mit 91 Mitgliedern, die SPD-Fraktion mit 63 Mitgliedern, die FDP-Fraktion mit 15 Mitgliedern und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 14 Mitgliedern; in der Summe 183. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist auch das so festgestellt.

Genehmigung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landtages der 14. Wahlperiode hat eine Tagesordnung für diesen ersten Tagungsabschnitt der 15. Wahlperiode aufgestellt, die Ihnen mit der Einladung, so hoffe ich, schriftlich zugegangen ist.

Durch die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksache 15/8 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/9 zur Geschäftsordnung ist es erforderlich, die Geschäftsordnungsanträge vor der Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten abzuhandeln. Dieser Tagesordnungspunkt wird daher nach der Amts-

übernahme des gewählten Landtagspräsidenten aufzurufen sein.

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen mir darüber hinaus nicht vor. Ich lasse daher über die Tagesordnung in der geänderten Form abstimmen und frage: Wer ist für die Annahme dieser jetzt vorliegenden Tagesordnung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Jetzt will ich nicht das Wort des Bischofs Krug „wem es egal ist“ wiederholen. Das darf ich nicht. - Die Tagesordnung ist also einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur

Wahl des Landtagspräsidenten

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Nach Parlamentsbrauch ist die stärkste Fraktion dieses Hauses vorschlagsberechtigt. Die stärkste Fraktion dieses Hauses ist die CDU-Fraktion. Sie hat den Abgeordneten Jürgen Gansäuer schriftlich vorgeschlagen.

Die Wahl kann durch Handzeichen vorgenommen werden, wenn kein Mitglied dieses Hauses widerspricht. Ich frage: Erhebt sich gegen die Wahl durch Handzeichen Widerspruch? - Das ist in Übereinstimmung mit meinen Schriftführern nicht der Fall. So können wir dann zur offenen Wahl kommen.

Wer also dem Abgeordneten Jürgen Gansäuer seine Stimme geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Vorschlag Jürgen Gansäuer einstimmig angenommen worden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident, ich spreche Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des gesamten Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, dass Sie ein gerechter und fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke des Hauses leitet und sein Amt zum Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, diesen Platz einzunehmen und die Sitzung weiter zu leiten. Ich wünsche Ihnen vom Präsidium aus Gottes reichen Segen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU] überreicht dem Präsidenten einen Blumenstrauß - Sigmar Gabriel [SPD], Dr. Philipp Rösler [FDP] und Rebecca Harms [GRÜNE] gratulieren dem Präsidenten)

Zur Vollständigkeit des Verfahrens frage ich Jürgen Gansäuer, den neuen Präsidenten, ob er die Wahl annimmt.

(Jürgen Gansäuer [CDU]: Ja, ich nehme sie an und bedanke mich sehr für das Vertrauen! - Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben mich soeben zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewählt und mir damit eines der höchsten Ämter, das unsere repräsentative, parlamentarische Demokratie zu vergeben hat, übertragen.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Insbesondere - und dafür werden sicherlich alle Verständnis haben - danke ich meiner Fraktion, die als stärkste politische Kraft in diesem Haus bereit war, mich für dieses Amt vorzuschlagen - dies umso mehr - das lassen Sie mich in aller Offenheit anfügen -, als ich oft genug nicht zu den besonders bequemen und pflegeleichtesten Mitgliedern meiner Partei gehörte und gehöre.

Ich werde mich bemühen, dieses Vertrauen allen Mitgliedern dieses Hauses gegenüber durch die Art und Weise meiner Amtsführung zu rechtfertigen. So gut ich es vermag - das sage ich nicht nur so dahin -, will ich mich um Fairness und um Objektivität bemühen.

Meine Damen und Herren, nicht Lässigkeit, sondern Durchlässigkeit, nicht Abschottung, sondern Offenheit und die Bereitschaft, mit der Bürgergesellschaft ständig im Gespräch zu bleiben, gehören zu den Merkmalen der Demokratie. Aus diesem Grunde ist es außerordentlich begrüßenswert, dass

wir zu dieser konstituierenden Sitzung eine so große Zahl von Gästen willkommen heißen dürfen, die ich ebenso herzlich begrüße wie unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Fernsehschirmen und Radios. Viele bedeutende Persönlichkeiten sind heute hier, die sich in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern um unser Land verdient gemacht haben und verdient machen. Es sind allerdings so viele, dass, wollte ich sie alle einzeln mit Namen und Funktion nennen, ich mich wohl unzweifelhaft in den Fängen des Protokolls verstricken würde. Deshalb erlauben Sie mir, Sie alle miteinander sehr herzlich hier in Ihrem Haus, unserem Niedersächsischen Landtag, willkommen zu heißen.

Parlamentarische Arbeit ist kein Selbstzweck. Ihr Ziel ist das Wohl der Menschen, in deren Auftrag politische Mandatsträger tätig sind. Politik kann und muss zur Erreichung dieses Ziels Rahmenbedingungen schaffen, die das Gelingen des Lebens begünstigen. Aber selbst wenn dies in optimaler Weise geschieht, ist sie immer auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Mit ihnen geht vieles, ohne sie geht so gut wie nichts. Ich nehme diese Gelegenheit deshalb gern zum Anlass, allen zu danken, die sich, an welcher Stelle auch immer, um andere Menschen in unserem schönen Land kümmern und für sie sorgen. Ich nenne zuerst jene Mütter und Väter, Frauen und Männer, die – allzu leicht unbeachtet – Kinder auf ihrem Weg in die Selbständigkeit begleiten, seien es die eigenen Kinder oder jene, die ihrer beruflichen pädagogischen Verantwortung anvertraut sind, nämlich unsere Lehrerinnen und Lehrer. An ihrer Kinderfreundlichkeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und unseres Staates.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will aber bei dieser Gelegenheit auch jene nennen, die – oft gleichfalls unbeachtet – mit großem physischen Kräfteaufwand und innerem Engagement alte Menschen pflegen und betreuen. Das, was sie an menschlicher Zuwendung leisten, kann auch ein noch so gut organisierter Sozialstaat nicht bewerkstelligen. Darüber hinaus nenne ich stellvertretend für viele andere, die man eigentlich nennen müsste, vor allem die vielen ehrenamtlich Tätigen in unseren Kirchen, in den Gewerkschaften, in den Wohlfahrtsverbänden, in den Sportvereinen und der Feuerwehr sowie in Friedens- und Menschenrechtsgruppen.

Vereine und Institutionen wirken u. a. der Vereinzelung und der Vereinsamung entgegen. Vielleicht haben wir das zu lange Zeit unterschätzt. Aber neben der Hilfe, die man leistet, gibt es auch die Erfahrung des Dankes und die Freude in einer Gemeinschaft, die auch vor gemeinsamen Feiern nicht Halt macht. Sie werden deshalb – darum bitte ich Sie – Verständnis dafür haben, wenn ich in der Stadt, in der jährlich das größte Schützenfest der Welt stattfindet, nämlich hier in Hannover, auch unsere Schützen nenne.

(Beifall bei der CDU)

Mein ganz persönlicher Dank und der des ganzen Hauses gilt zunächst Ihnen, Herr Alterspräsident Ontijd, für die bisherige Leitung der Sitzung. Ihrem Dank und Gruß an alle Mitglieder des Niedersächsischen Landtages der alten, nämlich der 14. Wahlperiode, die dem neuen Landtag nicht mehr angehören, schließe ich mich gern an. Allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich von dieser Stelle aus alles erdenklich Gute für ihre weitere Zukunft und hoffe, dass wir uns immer einmal wiedersehen.

Ein besonderer Dank gebührt meinem Vorgänger im Amt des Präsidenten, Herrn Professor Rolf Wernstedt, den ich hier sehr herzlich in seinem Hause auch mit seiner Gattin begrüße.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie, lieber Rolf Wernstedt, hinterlassen Spuren, die weit über Ihre Amtszeit hinaus Bestand haben werden. Ich nenne nur beispielhaft Ihr Engagement für das Haus der Stille in Bergen-Belsen. Sie haben sich um das Ansehen des Niedersächsischen Landtages, ja, mehr noch, um das Ansehen unseres Landes außerordentlich verdient gemacht. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, zur Demokratie gehören das Gewinnen und das Verlieren. Nur wer beides mit Anstand leisten kann, ist ein wirklicher Demokrat. Zur Demokratie gehört aber auch der kultivierte Streit um den besten Weg für unser Land. Dabei ist die Fähigkeit zum Kompromiss ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Kultur, die wir gemeinsam pflegen müssen. Allerdings: Kompromisse sind kein Selbstzweck, sondern sie erhalten ihre Sinnhaftigkeit nur, wenn sie auf die Lösung von Problemen ausgerichtet sind, die die Menschen in unserem Land bedrücken. Unsere

Bürgerinnen und Bürger erwarten deshalb zu Recht, dass wir in diesem Sinne miteinander diskutieren, aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sie erwarten vor allem, dass wir nicht nur reden, sondern auch handeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und dieses Handeln ist dringend notwendig, denn unser Land befindet sich in der größten ökonomischen Krise der Nachkriegszeit. Es ist nicht mehr meines Amtes, mich in den Streit über die Ursachen dieser Krise einzumischen. Unbestritten aber ist: Wenn wir sie nicht gemeinsam bewältigen, stehen nicht nur weitere Arbeitsplätze auf dem Spiel, was für sich genommen schon schlimm genug wäre, sondern es stehen auch sämtliche sozialen Errungenschaften zur Disposition, die unseren Staat in seiner humanitären Prägung ausmachen. Wer sich diese Lage hinreichend vor Augen führt, wird, gleichgültig, ob er sich der Mehrheit oder der Minderheit in diesem Haus zugehörig fühlt, in den nächsten fünf Jahren seinen Beitrag dazu leisten, die zweifellos ungeheuer schwierigen und tief greifenden Prozesse mit zu begleiten und auszugestalten, um die Substanz unseres Sozialstaates auch in Zeiten der Globalisierung bewahren zu können.

Montesquieu hat einmal behauptet, das große und mächtige Athen sei nur deshalb zugrunde gegangen, weil seine Politiker ihre Fehler so sehr geliebt hätten, dass sie von ihnen nicht lassen konnten. Ich will nicht so weit gehen, darin einen Vergleich mit der heutigen Situation zu sehen. Dennoch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann es nicht ganz falsch sein, wenn wir uns mit einem gehörigen Vorrat an Mut, aber auch Selbstkritik auf den Weg machen.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine ganz persönliche Bitte an Sie alle: Mir ist bewusst, wie schwer die Arbeit des Landtages insbesondere vor dem Hintergrund unserer großen finanziellen Probleme sein wird. Gerade deshalb aber ist es wichtig, dass wir gemeinsam nicht nur auf jene hören, die hier in der Lobby und an anderen Orten, zumeist eindrucksvoll und nachdrücklich, ihre Interessen vertreten und im Zweifel auch Proteste organisieren können, sondern dass wir bei unseren Entscheidungen vor allem auch an jene denken, die dies alles noch nicht oder nicht mehr können, nämlich an unsere Kinder und Jugendlichen, unsere Alten, die kranken Menschen und die Menschen mit Behinderungen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich füge ganz persönlich an, meine Damen und Herren: Mein politischer Weg hat vor Jahren mit einem freiwilligen Diakonischen Jahr in den Rotenburger Werken, einer Einrichtung der Inneren Mission für die Pflege und Betreuung behinderter Menschen, begonnen. Während dieser Zeit, die mich politisch bis heute geprägt hat, habe ich zwei Erfahrungen gemacht: erstens dass Hilfsbereitschaft gerade dann besonders zufrieden stellend ist, wenn sie keine Gegenleistung zu erwarten hat, und zweitens dass Not und Leid in unserem Land nicht lautstark daherkommen, sondern dass sich das Leiden von Menschen zumeist in der Stille abspielt. Ich wünsche uns deshalb in dieser lauten und oftmals auch unbarmherzigen Welt die Sensibilität, die notwendig ist, um auch die ganz leisen Stimmen im Lärm der Zeit noch hören zu können.

Meine Damen und Herren, auch in diesen Tagen ist wieder von Politikverdrossenheit und zugleich davon die Rede, dass Politik angeblich den Charakter verdirbt. Beides ist in Wahrheit grundfalsch. Nicht Politik verdirbt den Charakter, sondern schlechte Charaktere verderben die Politik.

(Beifall im ganzen Hause)

In Deutschland gibt es keine Krise des politischen Systems, aber es gibt eine Krise der politischen Glaubwürdigkeit. Sie ist eine Folge von oftmals demoskopisch geprägter Beliebtheit und von fehlender Grundüberzeugung. Helmut Schmidt nannte dies einmal einen Siegeszug der Oberflächlichkeit. Alles ist möglich, und was gestern galt, gilt heute nicht mehr, und was heute gilt, wird morgen wieder infrage gestellt.

Es ist wahr, die Welt ändert sich täglich in einer ungeheuren Geschwindigkeit, der viele Menschen oft nicht mehr gewachsen sind. Zu spüren bekommen dies vor allem jene, für die das Lebensalter zum Berufskiller wird. Aber gerade deshalb dürfen wir aus dieser Entwicklung nicht einfach aussteigen oder sie passiv über uns ergehen lassen, sondern wir müssen die Kraft aufbringen, sie aktiv mit zu gestalten. Ich warne allerdings davor, den Eindruck zu erwecken, als hätten wir Politikerinnen und Politiker einen schier unerschöpflichen Vorrat an permanent richtigen Antworten. Wer ständig so tut, als besäße er eine allumfassende Lösungskompetenz und als könne er auf einen unermesslichen Vorrat richtiger Antworten hoch komplexer Phänomene sozusagen auf Knopfdruck zurückgreifen,

betreibt eine Selbstüberhöhung, die auf Dauer und am Ende auch durch das intelligenteste Polit-Entertainment nicht überdeckt werden kann und bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Enttäuschung und Frust enden muss.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, wenn Politiker nämlich beginnen, sich selbst genug zu sein – zumeist geschieht dies, ohne dass sie es selber merken –, haben sie mit den Hoffnungen, Erwartungen und Empfindungen derer, denen sie ihre Ämter verdanken, nichts mehr zu tun.

Politikerinnen und Politiker sind - Gott sei Dank, so sage ich - auch nur Menschen, mit ihren Stärken und Schwächen, mit ihren Empfindsamkeiten und Irrtümern. Wir sollten uns deshalb auch unserer persönlichen Grenzen wieder bewusst werden; denn wenn wir die Distanz zwischen uns und unseren Bürgern wieder ein Stück weit verringern wollen, dann müssen die Menschen die Gewissheit haben, dass wir sie verstehen, dass wir uns Mühe geben, dass wir es ernst meinen, aber auch, dass wir nicht allmächtig sind.

Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von uns erwarten, dass wir persönlich erkennbar, berechenbar und damit auch verlässlich sind und dass man uns unsere Grundüberzeugungen weniger in Festtagsreden, sondern vor allem im täglichen praktischen politischen Handeln tatsächlich anmerken muss.

Man muss Helmut Schmidt in seiner hanseatisch-rustikalen Ausdrucksweise nicht unbedingt folgen, aber im Kern hat er sicherlich Recht, wenn er in einem seiner letzten Bücher schreibt:

„Eine Politik ohne Grundwerte ist zwangsläufig gewissenlos, sie ist eine Politik der moralischen Beliebigkeit und tendiert zum Verbrechen.“

Ein Letztes: Vor einigen Tagen berichtete eine große niedersächsische Zeitung darüber, dass wir, auf meine Bitte hin, heute, zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode, die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen würden. Die Überschrift lautete: „Landtag gibt sich wieder national.“ Meine Damen und Herren, das Lied der Deutschen, das 1841 von einem Niedersachsen, von Hoffmann von Fallersleben, geschrieben wurde, ist - wie könnte es anders sein! - natürlich auch ein Dokument seiner Zeit. Die Menschen waren empört über die Zerstückelung

Deuschlands, die der Wiener Kongress 1815 beschlossen hatte. Studenten demonstrierten 1817 auf der Wartburg für die Einheit Deutschlands und später gemeinsam mit tausenden von Bürgern 1832 auf dem Hambacher Schloss auch für ein zusammenwachsendes Europa, für die Menschenrechte und für Meinungs- und Pressefreiheit. Es herrschte ungeheures und unvorstellbares Elend in unserem Land, das sich u. a. 1844 im Aufstand der Weber, der blutig niedergeschlagen wurde, entlud. Kein geringerer als Gerhart Hauptmann hat dies in seinem Schauspiel „Die Weber“ eindrucksvoll beschrieben.

In dieser Zeit also entstand unsere Nationalhymne, die schnell zum politischen Volkslied gegen die Obrigkeit im restaurativen Staat wurde, und hier, verehrte Kolleginnen und Kollegen, knüpft meine herzliche Bitte an, unter „national“ eben nicht „rückwärts gewandt“, „überheblich“ oder „provinziell“ zu verstehen, sondern dieses Lied heute als ein Bekenntnis zu unserer demokratischen Grundordnung mit ihren Elementen Freiheit, Recht und Menschenwürde zu begreifen, so, wie sie aus Krieg, entsetzlichem Elend und grausamer Menschenverachtung einst entstanden ist und seither weiterentwickelt worden ist.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

Deshalb kann es auch keine Freiheit ohne Verantwortung geben; denn da, wo die Menschen nichts anderes mehr verbindet als die Unverbindlichkeit, ist Entsolidarisierung die zwangsläufige Folge. Hinzu kommt, dass in einer Gesellschaft, in der sich jeder seinen eigenen Wertecocktail mixt, nichts mehr verbindlich ist. In einem Staat jedenfalls, in dem alle alles dürfen, geraten die Schwachen zuerst unter die Räder.

Fazit: Wir singen unsere Nationalhymne eben nicht, um zu demonstrieren, wie national wir sind, sondern wir singen sie, weil wir aus der Vergangenheit gelernt haben, dass es ohne eine ethisch fundierte geschichtliche Reflexion nicht möglich ist, eine an Werten orientierte Zukunft für unser Land zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Unser Volk - davon bin ich überzeugt - wird seinen inneren Zusammenhalt abseits aller parteipolitischen und gesellschaftlichen Unterschiede erst dann richtig entwickeln können, wenn die Men-

schen, die sich Deutsche nennen, in der Lage sind, ihre kulturellen, sozialen und geschichtlichen Bindungen zu erkennen und ihre Lehren zu beachten. Im Übrigen, meine Damen und Herren: Wenn unsere polnischen Nachbarn in ihrer Geschichte genau diese Fähigkeit nicht besessen hätten, wären sie von der europäischen Landkarte schon lange verschwunden.

Bis heute haben wir Deutschen jedenfalls die wesentlichen Fragen, z. B. was uns in unserem wiedervereinten Land im Kern eigentlich noch zusammenhält, auf was wir stolz sein wollen und welche Werte wir gemeinsam vertreten wollen, nicht beantwortet.

Marion Gräfin Dönhoff hat es einmal so ausgedrückt:

„Jede Gesellschaft braucht Bindungen: Ohne Traditionen und Spielregeln, ohne einen gewissen Konsens über Verhaltensnormen gibt es keine Stabilität im Gemeinwesen.“

In diesem Sinne hat uns die Geschichte nach 1989 auch eine kräftige Lektion erteilt, denn der Wegfall der innerdeutschen Grenze und ein gemeinsamer Personalausweis haben aus Deutschland bis heute leider noch kein Land, geschweige denn eine Nation gemacht, dessen Identität auch nur halbwegs einvernehmlich beschrieben werden könnte. Wenn von der deutschen Einheit auch künftig zumeist im Zusammenhang mit Geld, mit Belastungen und zusätzlichen finanziellen Aufwendungen die Rede sein wird, nicht aber auch von unserer Kultur und Geschichte sowie von den großartigen Menschen, die über vier Jahrzehnte unter einer schrecklichen Diktatur gelitten haben, dann werden wir Deutschen es mit uns selbst noch sehr, sehr schwer haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SDP)

Meine Damen und Herren, der Streit, die emotionalen Reden und die engagierten Auseinandersetzungen in diesem Hause sind für einen so langjährigen Parlamentarier, wie ich es bin, nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Notwendigkeit. Ich bitte aber darum, dass wir die - gern auch temperamentvollen - Debatten in dem Bewusstsein führen, dass unser Land, trotz aller Probleme, immer noch das freieste, sozialste und wohlhabendste ist, das es je auf deutschem Boden

gab und um das uns die allermeisten Länder der Welt bis heute beneiden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Damit dies so bleibt, wünsche ich uns allen viel Erfolg, vor allem bei der Bewahrung des Friedens, ehrliche Bemühungen um den richtigen Weg sowie Verantwortungsgefühl und Gottes Segen. - Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu

(Erste Beratung):

Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 15. Wahlperiode - Drs. 15/1 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/3 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 15/4 - Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/5, 15/6 und 15/7 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 15/8 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/9

Als Drucksache 15/1 ist die Geschäftsordnung bereits verteilt worden. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. - Bitte schön, Herr Kollege Althusmann!

Bernd Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Niedersächsischen Landtag liegen heute sieben Änderungsanträge zur Geschäftsordnung vor. Sie reichen von zum Teil einvernehmlichen Vorschlägen zur Parlamentsreform über eine Veränderung der Zahl, aber auch der Entschädigung der Mitglieder des Präsidiums, über die Forderung nach einer Kommission für Integrationsfragen bis hin zu einem Antrag zu Verhaltensregeln für Abgeordnete.

Jede Fraktion hat nicht nur das Recht, sondern sie hat mit Sicherheit auch gute Gründe, die wir ausdrücklich respektieren, gleich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode die Weichen für unsere gemeinsame Zusammenarbeit in den nächsten Jahren zumindest teilweise neu zu stellen. Bedenken wir aber bei dem Ringen um den richtigen politischen Weg, der hier schon angesprochen wurde, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger in unserem Land von uns erwartet, dass wir jetzt schnellstmöglich die wirklich wichtigen Fragen anpacken und uns nicht in Geschäftsordnungsdebatten verbeißen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werde ich mich im Wesentlichen auf zwei Fragen, den Bereich der Parlamentsreform und die öffentliche diskutierte Frage des Präsidiums, beschränken. Hier im Parlament sitzen 183 neu gewählte Abgeordnete bei unübersehbar neuen Mehrheitsverhältnissen, aber doch im Ziel einig, und zwar parteiübergreifend, dass künftig wieder verstärkt hier im Niedersächsischen Landtag, hier im Parlament, die Entscheidungen zum Wohle dieses Landes fallen müssen – und sonst nirgendwo.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Dieter Möhrmann [SPD]: Deshalb lassen wir alles, wie es ist!)

Mancher mag es vergessen haben: Nach 1945 sind zunächst die Länder und erst im Anschluss daran ist die Bundesrepublik Deutschland entstanden. Weil es um das Selbstverständnis dieses Parlaments ging, weil es um ein Zurückgewinnen von Achtung und Wertschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch um die Achtung vor sich selbst ging, weil es um die Frage ging, wie Länderkompetenzen zurückgeholt werden können, nachdem bis heute 35 von 48 Grundgesetzänderungen zulasten der Landtage gingen – genau deshalb wurde im Juni 2000 eine Enquete-Kommission mit einem klaren Auftrag und mit einer klaren zeitlichen Begrenzung auf zwei Jahre eingesetzt.

Dem Niedersächsischen Landtag der 15. Wahlperiode steht es heute völlig frei, die Empfehlungen sofort oder stufenweise, vollständig oder teilweise oder sogar gar nicht zu übernehmen. Dennoch, so meine ich, haben wir gleich zu Beginn dieser Wahlperiode mit Signalen der Umsetzung weitreichende Beschlüsse zur Reform gefasst.

Durch die Reduzierung von 18 auf 10 Ausschüsse – also fast spiegelbildlich zu den Ministerien – wird nicht nur die Bedeutung der Ausschüsse gestärkt, sondern auch die Arbeit des Niedersächsischen Landtages erheblich gestrafft. Voraussichtlich wird dadurch eine Viertelmillion Euro eingespart werden können. Darüber hinaus wird, wie im Übrigen in allen anderen Bundesländern üblich, ein eigener Petitionsausschuss eingerichtet. Diesem wird künftig als direkter Anlaufstelle für Bürgerbegehren eine sehr große Bedeutung zukommen. Für eine Umsetzung eines Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse, für Kurzinterventionen oder aber für die Aufhebung von Redezeitbeschränkungen sehen wir Handlungs- und Umsetzungsbedarf, jedoch nicht sofort und unmittelbar, wohlwissend, dass ein Teil dieser Forderungen in der Enquete-Kommission von uns selbst thematisiert wurde.

(Uwe Schwarz [SPD]: Gefordert!)

Wir wollen allen, insbesondere den neu gewählten Parlamentariern die Chance geben, zunächst einmal den parlamentarischen Alltag kennen zu lernen, um auf einer soliden Erfahrungsbasis

(Lachen bei der SPD)

sachgerecht über geplante Veränderungen entscheiden zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gerade der Fraktion der FDP, die der Enquete-Kommission, die zwei Jahre getagt hat, nicht angehören konnte, muss diese Chance eingeräumt werden.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Akt der Fürsorge!)

Wir bieten Ihnen also an, in nächster Zeit stufenweise an die weitere Umsetzung heranzugehen. Also keine Ablehnung, sondern unser Wunsch, die in einer völlig neuen Situation praktische Umsetzbarkeit im Ältestenrat zu beraten und darüber zu beschließen.

Zur Größe des Präsidiums ebenfalls eine Anmerkung vorweg: Unter „Selbstverständnis dieses Parlaments“ verstehen wir auch, dass wir uns selbstbewusst und offen zu einer qualitativen Vertretung nach außen bekennen sollten, die nicht mit Quantität zu verwechseln ist. Es ist im ureigensten Interesse dieses Landtages und auch dieses Bundeslandes, national wie international angemessen

vertreten zu werden. Dahinter müssen politische Eitelkeiten zurücktreten.

Die Haushaltslage des Landes wird in den nächsten Jahren mit Sicherheit einschneidende Maßnahmen erzwingen und notwendig machen. Mit fünf Vizepräsidenten aber läge Niedersachsen im bundesweiten Vergleich nicht nur bei der Anzahl, sondern auch bei den Kosten an der Spitze aller Landtage in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, wir stehen zu einem starken Präsidium, aber wir halten die geplante Erweiterung des Präsidiums nicht für vertretbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist im Übrigen wenig glaubwürdig,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt! - Beifall bei der SPD)

öffentlich ständig von der Notwendigkeit des Einsparens zu reden, Herr Jüttner, und dies im Zweifelsfall nicht gegen sich selbst gelten zu lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In der *Neuen Presse* und der *Bild*-Zeitung wurde am 14. Februar öffentlich weniger Geld für das Präsidium gefordert. Diesem Wunsch kommen wir nach.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Aber bescheiden!)

Meine Damen und Herren, um Missverständnisse zu vermeiden: Unser Antrag richtet sich nicht gegen eine Fraktion,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Ach! – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

noch widerspricht er dem Grundsatz des Minderheitenschutzes.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das kann nicht sein! Sie hatten Qualität gefordert!)

Ich will Ihnen erläutern, warum: Weder in Bayern noch in Baden-Württemberg oder in Hessen oder in anderen Bundesländern existiert ein Automatismus, wonach jede Fraktion automatisch, quasi zwangsläufig, einen Vizepräsidenten oder eine

Vizepräsidentin stellen müsste. Ich meine nicht, dass diese Länderparlamente weniger demokratisch sind als das unsrige.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Richtig ist vielmehr: 1986 wurde die Erweiterung der Zahl der Vizepräsidenten von drei auf vier gefordert und beschlossen. Seinerzeit waren nicht alle Fraktionen vertreten. Der Abgeordnete Schröder erklärte in der konstituierenden Sitzung 1986,

(Sigmar Gabriel [SPD]: Wie lange soll er noch Schuld sein?)

dass sich lediglich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament auch im Präsidium widerspiegeln müssten. Sofort nach dem Regierungswechsel 1990, Herr Gabriel, wurde von Ihnen die Ausweitung des Präsidiums auf fünf Vizepräsidenten durch Umwandlung der Funktion eines Schriftführers in die Geschäftsordnung aufgenommen. Auf diese Umwandlung wurde im Übrigen nicht ein einziges Mal verzichtet. Wir empfehlen, heute über diese beiden Änderungsanträge einschließlich des Antrages zu § 11 abschließend abzustimmen, sodass diese nicht die Mehrheitsverhältnisse widerspiegelnde Hilfskonstruktion gestrichen wird.

Wir reduzieren die Zahl der Ausschüsse von 18 auf 10. Wir werden zusätzlich die Entschädigung der Vizepräsidenten um 10 % absenken. Wir beantragen Direktüberweisung dieses Antrages gemäß § 24 in den Rechtsausschuss.

Wir von der CDU treten einen Vizepräsidentenposten an die FDP ab. Jeder ist eingeladen, diesem Beispiel zu folgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Sigmar Gabriel [SPD]: Sie werden gestatten, dass wir das nicht machen!)

Meine Damen und Herren, wir empfehlen, Ihren Antrag zur Einrichtung einer neuen Kommission, zur Erweiterung der parlamentarischen Rechte von Migrantinnen und Migranten zur weiteren Beratung in den Ältestenrat zu überweisen. In einer parlamentarisch eingesetzten Kommission jedoch sollten mit Sicherheit nicht außerparlamentarische Interessenvertreter mit mehr Stimmrechten ausgestattet werden als die gewählten Abgeordneten des Landtages.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir bitten, dies bei den Beratungen zu bedenken.

Ihren Antrag auf Verschärfung der Offenlegungspflichten sollten wir ebenso im Ältestenrat auf Umsetzbarkeit und Verhältnismäßigkeit prüfen.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

Kein anderer Berufszweig oder Tätigkeitsbereich ist so transparent. Dennoch gibt es bei Ihnen und bei uns schwarze, grüne, rote, gelbe Schafe. Warum Sie diesen Antrag nicht gestellt haben, als Sie noch die Mehrheit hatten, möchte ich nicht weiter kommentieren.

Meine Damen und Herren, bei allem notwendigen Streit in der Sache hoffen wir von der CDU-Fraktion jederzeit auf die vielen, vielen zwischenmenschlichen Brücken, die hier im Parlament bestehen und die uns alle hier im Parlament verbinden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Bockmann, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Heike Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht heute auch die Geschäftsordnung, also, wenn man so will, das Selbstorganisationsrecht des Niedersächsischen Landtages. In der vorangegangenen, der 14. Wahlperiode hat - der Kollege Althusmann hat es schon erwähnt - eine Enquete-Kommission zur Parlamentsreform Empfehlungen zur Weiterentwicklung dieser Geschäftsordnung ausgesprochen, über die wir heute abstimmen wollen, und zwar mit einem ausgesprochen eindeutigen Ziel: Die Arbeit des Niedersächsischen Landtages soll aktueller, effektiver und vor allen Dingen auch lebendiger werden. Diese zentralen Veränderungsvorschläge fanden die Zustimmung aller Fraktionen und wurden auch so in engagierten Debattenbeiträgen im November-Plenum 2002 vertreten. Ich zitiere:

„Die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission ... können nur dann wirkliche Ergebnisse und für dieses Haus bindend sein, wenn wir sie ernst nehmen. Ich meine, das, was wir erarbeitet ha-

ben, ist durchaus dazu angetan, ernst genommen zu werden.“

- So Herr Kollege Althusmann im November-Plenum 2002.

Genauso ernst nehmen wir das auch. Deshalb werden wir in diesen fraktionsübergreifenden Punkten auch die sofortige Abstimmung beantragen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frei nach dem Motto „die besten Reformer sind die, die im eigenen Arbeitsbereich anfangen“ haben die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen diese fraktionsübergreifenden parlamentarischen Reformvorschläge in einem Änderungsantrag zusammengefasst. Das bedeutet im Einzelnen, dass wir von den bisher 18 Ausschüssen auf zehn heruntergehen, die Ausschüsse allerdings mit einem Selbstbefassungsrecht ausstatten, was nichts anderes bedeutet, als dass diese Ausschüsse von sich aus Themen aufgreifen dürfen.

Auf eine Festlegung der Redezeiten - das wird in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit finden - wird verzichtet. Tagesordnungen gleich einem minutiösen Stundenplan sollen der Vergangenheit angehören. Wir versprechen uns davon eine Wiederbelebung der Debattenkultur mit einem weiteren öffentlichkeitswirksamen Nebeneffekt: Abstimmungen werden mit dieser neuen Organisationsform zeitlich nicht mehr voraussehbar sein; die Präsenz der Abgeordneten wird sich umgekehrt proportional von der Lobby in den Plenarsaal verschieben.

(Zustimmung bei der SPD)

Nicht nur Besuchergruppen haben sich bei den Tagesordnungspunkten Kleine bzw. Dringliche Anfragen über sprachliche Verrenkungen der Abgeordneten gewundert. Der Grund ist einfach: Die bisherige Geschäftsordnung lässt mit den §§ 47 und 48 lediglich Fragen und keine politischen Voten zu. Deshalb haben Abgeordnete jeglicher Couleur ihre Fragen häufig nicht mit einer Fragestellung, sondern mit der Sprachfloskel „vor dem Hintergrund, dass“ eingeleitet. Solche alten parlamentarischen Zöpfe gehören abgeschnitten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Mitglieder des Landtages sollen sich in Zukunft auch per dreiminütiger Kurzintervention

melden können. Schließlich sollte in einem Parlament ein politisches Votum auch ohne Sprachakrobatik oder Aushebeln der Geschäftsordnung möglich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen den parteiübergreifenden Konsens in Sachen Parlamentsreform in der gebotenen Kürze dargestellt. Es wäre schön, wenn sich Ihre Zustimmung auch in der von den Fraktionen der SPD und der Grünen beantragten sofortigen Abstimmung widerspiegeln würde; denn - jetzt spreche ich zu den neuen Kolleginnen und Kollegen - eine neue Legislaturperiode sollte nicht mit einer veralteten Weichenstellung beginnen. Das nehmen wir sehr ernst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei dem zweiten Änderungsantrag steht der Landtag den niedersächsischen Migrantinnen und Migranten gegenüber im Wort. Es geht um die Umwandlung der Ausländerkommission in die Kommission für Integrationsfragen nach § 18 b der Geschäftsordnung. Bereits beschlossene Verbesserungen in Sachen parlamentarischer Mitbestimmungsrechte sollen durch Veränderung der Geschäftsordnung auch tatsächlich verwirklicht werden. Hier handelt es sich allerdings nicht um eine schlichte Namensänderung. In Niedersachsen leben ca. 470 000 ausländische Staatsangehörige, aber eben auch ca. 210 000 Aussiedlerinnen und Aussiedler – und um die geht es hier. Integrationsprobleme sind Realität. Wir setzen daher auf Einbinden statt auf Ausgrenzen.

Stimmberechtigte Mitglieder dieser Kommission sollen deshalb zehn Vertreterinnen und Vertreter der landesweit tätigen Verbände der Migrantinnen und Migranten werden, aber - das ist die Besonderheit - zwei aus dem Bereich der Selbstorganisation der Aussiedlerinnen und Aussiedler. Weitere stimmberechtigte Kommissionsmitglieder sollen fünf Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages sein.

Für die Ergebnisse und mitunter unterschiedlichen Voten dieser Kommission steht eine Beratungspflicht in den Fachausschüssen des Landtages. Tagen soll diese Kommission öffentlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir von der Notwendigkeit integrativer Politikgestaltung überzeugt sind, wollen wir dieses Thema

nicht auf die lange Bank schieben und beantragen sofortige Abstimmung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu den Verhaltensregeln: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Abgeordnete haben unzweifelhaft die Aufgabe, dem Vertrauensverlust zur Politik in der Bevölkerung durch Eigeninitiative gegenzusteuern. Dazu gehört auch eine Offenlegungspflicht jedes Parlamentarier und jeder Parlamentarierin, welche außerparlamentarischen Interessensbeziehungen vorhanden sind, wie z. B. die Tätigkeit als Mitglied eines Aufsichtsrates, aber auch die Erstattung von Gutachten, Vortragstätigkeiten neben Beruf und Mandat.

Sicherlich haben die niedersächsischen Abgeordneten bereits in der Vergangenheit freiwillig einen so genannten Ehrenkodex, ein Reinheitsgebot für Abgeordnete, in der Form der bisherigen Geschäftsordnung abgegeben. Neu ist allerdings, dass wir mit diesem Geschäftsordnungsantrag im Wesentlichen die aktuellen und sehr präzise formulierten Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages übernehmen wollen. Die SPD-Fraktion vermag nicht einzusehen, warum für Abgeordnete unterschiedlicher Parlamente unterschiedliche Konditionen gelten sollen. Klare, einheitliche Verhaltensregeln werden mehr Transparenz schaffen. Nur so können wir in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass die Politik keine Grauzonen für Einzelne akzeptiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Karl-Heinz Klare [CDU])

Die SPD-Fraktion beantragt, diesen umfassenden Antrag in den zuständigen Fachausschuss, den Rechtsausschuss, zu überweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gut, dass es die Presse gibt.

(Beifall im ganzen Hause)

Denn woher hätte die SPD-Fraktion bei den Umgangsformen der CDU erfahren sollen, dass die Anzahl der Vizepräsidenten frei nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ heute komplett anders entschieden werden soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Verabredungen über die Zeitungen zu kündigen ist wahrlich ein neuer Stil, Herr Wulff.

(Zuruf von Karl-Heinz Klare [CDU])

Schließlich haben Sie der SPD mit Datum vom 11. Februar 2003 geschrieben - ich zitiere wörtlich -:

„Sehr geehrter Ministerpräsident!
Sehr geehrter Fraktionsvorsitzender!
Lieber Herr Gabriel! Die CDU-Landtagsfraktion ist bereit, fünf Vizepräsidenten zu wählen. Dann stehen trotz einer zusätzlichen Landtagsfraktion der größten Oppositionsfraktion zwei Vizepräsidenten zu.“

Das haben wir schriftlich.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das beschließen wir auch so!)

- Sie beschließen das so. Aber wir wollen nicht nur auf diesen Stilbruch, sondern auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns geht es nämlich nicht nur um diese Stilfrage, dass Sie von einer anderen Entscheidung schreiben, als hinterher in der Zeitung zu lesen ist. Uns geht es im Großen und Ganzen um eine qualitative Veränderung der Geschäftsordnung; denn für uns gehört es zur parlamentarischen Kultur dieses Hauses, dass alle Fraktionen im Landtagspräsidium vertreten sind.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das können wir auch noch regeln!)

Nach Ihrem Änderungsvorschlag soll auf ein Stück Parlamentsrepräsentation verzichtet werden. Dies halten wir für falsch, weil die so genannten kleinen Fraktionen in einem Über-/Unterordnungsverhältnis auf das Goodwill der großen Fraktionen angewiesen wären.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So etwas wollen wir geschäftsordnungsmäßig nicht absichern.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Da hat Herr McAllister die Spendierhosen angehabt!)

Schließlich beschließen wir heute keine vorläufige Geschäftsordnung, wie sonst immer für eine Wahlperiode üblich, sondern eine unbefristete Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages. Hierin sollten wir gewisse politische Fairnessprinzipien grundsätzlich absichern.

Selbst in einer solchen konstituierenden Sitzung müssen notwendige Regularien abgehandelt werden. Deshalb danke ich Ihnen, insbesondere den Gästen, für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit in Sachen parlamentarische Gestaltungsmöglichkeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Hagenah, bitte schön!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass aus Gründen der gleichberechtigten parlamentarischen Repräsentanz und der demokratischen Fairness alle Fraktionen im Landtag mit einem Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein sollten, wie dies in Niedersachsen seit drei Wahlperioden Übung war. Allerdings glauben wir, dass die Vertretung durch jeweils eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten der Fraktionen bei den Vizepräsidenten ausreicht. Für diese überparteilich angelegte Funktion zur Sitzungsleitung und Repräsentation darf es nicht auf die Höhe des Wahlergebnisses und die Anzahl der Sitze der Fraktionen im Landtag ankommen, sondern es sollte darauf ankommen, wie viele Fraktionen die Wählerinnen und Wähler tatsächlich in den Landtag gewählt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Vorschlag sowie die Halbierung der zusätzlichen 50 % Grundentschädigung für Vizepräsidenten und den Verzicht auf die erhöhte Altersentschädigung für den Präsidenten und die Vizepräsidenten haben wir im Vorfeld der Konstituierung des neuen Landtages in Niedersachsen mit den anderen Fraktionen erörtert. Schwarz-Gelb will dagegen einen Rückfall in die 80er-Jahre, als die damalige Albrecht-Regierung auch keine Veranlassung sah, die Fraktion der Grünen bei den Vizepräsidenten zu beteiligen, als habe es seit damals in unserer Gesellschaft keine ständige Wei-

terentwicklung des Parlamentarismus und der parlamentarischen Teilhabe gegeben.

Bis letzten Freitag, Herr McAllister und Herr Althusmann, haben Sie uns in dem Glauben gelassen - das haben Sie in vielen Gesprächen mit SPD und Grünen bestätigt -, dass fünf Vizepräsidenten zur Wahl stünden. Die Konstituierung unserer Fraktion und auch der Fraktion der SPD ist unter dieser Maßgabe erfolgt. Erst danach haben Sie - das ist, meine ich, mehr als schlechter Stil - die Rahmenbedingungen durch Ihre Mehrheit geändert.

Herr Rösler, eine Koalition in der Opposition, quasi eine Huckepackregelung für die Fraktion der Grünen, gibt es in der Demokratie nicht. So etwas kann man vielleicht in der Regierungskoalition aushandeln. Aber es entspricht nicht dem, was eine Opposition zu leisten hat. Da muss jede Fraktion für sich Oppositionsarbeit leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der Parlamentarismus und seine angemessenen Kosten sind tatsächlich ein Kriterium, an dem wir alle unsere Ausstattung permanent messen lassen müssen. Es geht in dieser Geschäftsordnungsfrage zum Präsidium deshalb auch um die folgenden beiden Punkte: Welche zusätzliche Diät für Vizepräsidenten ist wirklich leistungsgerecht? Was rechtfertigt die zusätzliche Altersentschädigung für den Präsidenten und die Vizepräsidenten? - Dass es den Fraktionen der CDU und der FDP mit ihrem Antrag nicht um eine Antwort auf diese Fragen, sondern nur um die Dokumentation ihrer neuen politischen Mehrheitsmacht und um eine kleinliche Retourkutsche für den aus ihrer Sicht vielleicht penetranten grünen Reformdrang geht,

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Von vorgestern!)

wird daran deutlich, dass sich Ihr Änderungsplan zur Geschäftsordnung außer auf die Verringerung der Zahl der Ausschüsse nur auf die Zahl der Vizepräsidenten konzentriert hat. Alle anderen Fragen - die Kollegin Bockmann hat dies deutlich gemacht -, die wir in der letzten Wahlperiode einstimmig vereinbarten hatten, zur Enquete-Kommission und auch zur Kommission für Integrationsfragen ignorieren Sie, vertagen Sie auf die nächsten Monate, möglicherweise sogar - wie wir jetzt gehört haben - bis zum nächsten Jahr. Das macht deutlich, wo Sie die Schwerpunkte setzen.

Was, Herr Wulff, der Sie gleich zum Ministerpräsidenten gewählt werden möchten,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Werden!)

ist bei dieser Bilanz von Ihrer Ankündigung nach Ihrem Wahlsieg, Sie würden wegen der eigenen Erfahrung einen neuen partnerschaftlichen Stil mit der Opposition pflegen, noch übriggeblieben?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben es gerade von Bischof Homeyer gehört: Der Anfang hat Gewicht. - Ich glaube, der größte Niedersächsische Landtag, den es je gab, beginnt jetzt kleinkariert. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. - Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Änderungsanträge.

Wer dem gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen in der Drucksache 15/3 - er betrifft die Anzahl und Stärke der Ausschüsse - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 15/4 - er betrifft die Verteilung der Ausschussvorsitze - zustimmen will, den bitte ich wiederum um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Zu dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/5 - dabei geht es um die Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission - haben die Antragsteller sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der CDU hat jedoch deutlich gemacht, dass sie den Antrag in den zuständigen Ausschüssen behandelt wissen möchte. Wenn - Sie kennen das - 30 Mitglieder des Hauses einer Ausschussüberweisung zustimmen, wird der Antrag zur federführenden Beratung dem Ältestenrat und zur Mitberatung dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen.

Ich frage daher, wer dieser Ausschussüberweisung zustimmen will. Ich bitte um die entsprechenden Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Das ist so beschlossen.

(Unruhe)

- Wir haben noch einige Abstimmungen zu absolvieren und müssen uns auf das konzentrieren, was wir noch zu erledigen haben.

Auch zu dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/6 haben die Antragsteller die sofortige Abstimmung beantragt. Es geht dabei um die parlamentarischen Mitbestimmungsrechte für Migrantinnen und Migranten. Die Fraktion der CDU möchte auch diesen Antrag im zuständigen Ausschuss behandelt wissen. Ich weise wiederum darauf hin: Wenn 30 Mitglieder des Hauses diesen Wunsch unterstützen, wird der Antrag dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen.

Ich bitte diejenigen, die für eine Überweisung an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sind, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Das ist so beschlossen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/7 – hier geht es um die Verhaltensregeln für Mitglieder des Landtages – soll nach den übereinstimmenden Vorstellungen der Fraktionen zur federführenden Beratung dem Ältestenrat und zur Mitberatung dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe!

(CDU und FDP zögern bei der Stimmabgabe - Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Meine Damen und Herren, wir machen das jetzt noch einmal, einverstanden? Bei so viel Neuen müssen wir einmal üben dürfen.

Ich lese jetzt noch einmal vor, worum es geht. Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/7 - dabei geht es um die Verhaltensregeln für Mitglieder des Landtages; das ist hier eben auch diskutiert worden - soll nach den

übereinstimmenden Vorstellungen der Fraktionen zur federführenden Behandlung dem Ältestenrat und zur Mitberatung dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen werden. - Das ist *unstrittig*, wenn ich das erläutern darf.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Herr Gabriel freut sich, dass er jetzt einmal Beifall klatschen darf. Das durfte er als Ministerpräsident ja nicht.

Also: Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Ah! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- So ist es schön! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Opposition will gelernt sein, und Regieren will auch gelernt sein.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Geschäftsordnung. Zu der Geschäftsordnungsregelung über die Anzahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten liegen bekanntermaßen zwei Änderungsanträge vor.

Wir stimmen zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 15/8 und dann über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/9 ab.

Wer dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 15/8 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 31 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung abgelehnt.

Wir kommen nun, nachdem wir dies erledigt haben, zur

Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer

entsprechend den Beschlüssen, die wir eben gefasst haben. Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter des Präsi-

denten und die Schriftführerinnen und Schriftführer.

Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind vier Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von den Fraktionen vorzuschlagen, auf die die zweite bis fünfte Höchstzahl entfallen. Das sind die SPD- und die CDU-Fraktion. Die Fraktion der CDU hat bei der fünften Höchstzahl ein Mitglied der FDP-Fraktion zur Wahl als Vizepräsidentin vorgeschlagen.

Die Fraktionen haben ihre Vorschläge schriftlich vorgelegt. Sie lauten wie folgt:

SPD-Fraktion - zweite Höchstzahl -: Herr Kollege Biel.

CDU-Fraktion - dritte Höchstzahl -: Frau Kollegin Vockert.

SPD-Fraktion - vierte Höchstzahl -: Frau Kollegin Seeler.

CDU-Fraktion - fünfte Höchstzahl -: Frau Kollegin Kuhlo.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Vorschläge. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann nach unserer Geschäftsordnung durch Handzeichen und können sämtliche Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten in einem Wahlgang gewählt werden. Ich frage daher, ob jemand widerspricht. - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wer die genannten Mitglieder des Landtages zu Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Stimme enthalten.

Herr Kollege Biel, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Ulrich Biel [SPD]: Ja!)

Frau Kollegin Vockert, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Astrid Vockert [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen!)

Frau Kollegin Seeler, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Silva Seeler [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Kuhlo, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Ulrike Kuhlo [FDP]: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich bei der CDU! - Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sigmar Gabriel [SPD]: Das geht ja gut los! Denen ist wohl nicht aufgefallen, dass wir sie mitgewählt haben!)

Ich gratuliere Ihnen allen zu Ihrer Wahl.

Meine Damen und Herren, wir haben noch viel zu tun. Ich vermute, dass man auf der Pressetribüne schon ziemlich unruhig wird, weil wir mit der Zeit doch einigermaßen hinterher sind.

Es sind nun zehn Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Die Fraktionen haben folgende Vorschläge eingereicht: die CDU-Fraktion Herrn Koch, Herrn Ontijd, Frau Philipps, Herrn Pörtner, Frau Vogelsang, Frau Zachow; die SPD-Fraktion Frau Saalman, Frau Schuster-Barkau, Frau Somfleth; die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Langhans.

Auch hier gilt, dass die Schriftführerinnen und Schriftführer gemeinsam und durch Handzeichen gewählt werden können, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht. Ich frage daher, ob jemand widerspricht. - Das ist nicht der Fall.

Wer also die genannten zehn Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen und Schriftführern wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich frage die Mitglieder des Landtages, ob sie die Wahl zu Schriftführerinnen und Schriftführern annehmen.

Herr Kollege Koch?

(Lothar Koch [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Kollege Ontijd?

(Wolfgang Ontijd [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Philipps?

(Christina Philipps [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl gerne an!)

Herr Kollege Pörtner?

(Friedrich Pörtner [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Vogelsang?

(Irmgard Vogelsang [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Zachow?

(Anneliese Zachow [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Saalmann?

(Isolde Saalmann [SPD]: Ja!)

Frau Kollegin Schuster-Barkau?

(Bernadette Schuster-Barkau [SPD]: Ja!)

Frau Kollegin Somfleth?

(Brigitte Somfleth [SPD]: Ja!)

Frau Kollegin Langhans?

(Georgia Langhans [GRÜNE]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und stelle fest, dass nunmehr das Präsidium vollständig gewählt ist.

Ich danke der Schriftführerin und dem Schriftführer des vorläufigen Sitzungsvorstands für ihre Amtsführung und bitte die neu gewählten Schriftführer Herrn Kollegen Koch und Frau Kollegin Saalmann, jetzt mit mir den Sitzungsvorstand zu bilden.

(Beifall)

Feststellung der Konstituierung des Landtages der 15. Wahlperiode

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle nunmehr fest, dass sich der Landtag der 15. Wahlperiode konstituiert hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur

Wahl des Ministerpräsidenten

Nach Artikel 33 Abs. 2 und 3 der Niedersächsischen Verfassung gelten der Ministerpräsident und mit ihm die Landesregierung als zurückgetreten, sobald ein neu gewählter Landtag zusammentritt. Das ist heute der Fall. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Bevor wir zur Neubildung der Landesregierung kommen, möchte ich dem bisherigen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel und seiner Landesregierung für die in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit den Dank des ganzen Hauses aussprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Regierungsbildung und beginnen mit der Wahl des Ministerpräsidenten. Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erhalten die Journalisten und Kamerateams für etwa zehn Minuten Gelegenheit, Aufnahmen im Plenarsaal zu machen. In Absprache mit dem Vorsitzenden der Landespressekonferenz weise ich nochmals darauf hin, dass eine Anwesenheit von Journalisten und Kamerateams im Plenarsaal während der Vereidigung heute Nachmittag - ich sage das bereits jetzt - nicht möglich ist.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 26. Februar 2003 den Abgeordneten Christian Wulff für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Es geht jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag. Gewählt wird mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung. Das ergibt sich aus Artikel 29 Abs. 1 unserer Niedersächsischen Verfassung.

Ich erläutere das Abstimmungsverfahren: Wer den Abgeordneten Wulff zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt „Ja“ an. Wer ihn nicht wählen will, kreuzt „Nein“ an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt „Enthaltung“ an.

Ich mache darauf aufmerksam, dass bei der Ermittlung der Mehrheit nach Artikel 29 der Niedersächsischen Verfassung Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch die Schriftführerin Frau Saalman aufgerufen und kommen dann bitte einzeln nach vorne. Vom Präsidium aus gesehen rechts an der Verwaltungsbank erhalten Sie Ihren Stimmzettel. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach dem Vermerk Ihres Votums behalten Sie bitte den Stimmzettel und werfen ihn in eine der beiden Wahlurnen.

Meine Damen und Herren, ich halte das Haus für damit einverstanden, dass ich beauftrage die Schriftführerin Frau Philipps, unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung - das könnte in Deutschland nicht anders sein -, die Stimmzettel auszugeben und die Wählerliste zu führen, die Schriftführerin Frau Schuster-Barkau, Aufsicht darüber zu führen, dass immer nur eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht, den Schriftführer Herrn Pörtner, ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Aufsicht und Namenskontrolle bei den Wahlurnen zu führen.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages - meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist jetzt wichtig, auch für diejenigen, die sich jetzt unterhalten, denn in diesem Hause habe ich schon alles erlebt; das können Sie mir glauben -, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht ist und dass keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können.

(Walter Meinhold [SPD]: Wie in Florida!)

- Ich habe es schon erlebt, dass die SPD-Fraktion einen Tag vorher geübt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Ich bitte jetzt darum, folgenden Satz sehr zu beachten: Es sind daher auch nur die in den Wahlkabinen bereitgelegten Stifte zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen oder eigenen Schreibgeräts ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Die Mitglieder des Landtages bitte ich, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen. Ich appelliere an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlafen und -stehen stört bekanntermaßen den Wahlablauf sehr.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, an den Kollegen Herrn Pörtner habe ich nunmehr eine hochbedeutsame Bitte. Ich bitte ihn nämlich, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind. - Die Wahlurnen sind leer.

Bevor wir jetzt zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorgangs beteiligten Präsidiumsmitglieder darauf hin, dass sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach der Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimmen abzugeben.

Wir beginnen jetzt mit dem Namensaufruf.

(Schriftführerin Isolde Saalman verliest die Namen der Abgeordneten:)

Johann-Heinrich Ahlers
Michael Albers
Joachim Albrecht
Heinrich Aller
Bernd Althusmann
Dr. Gabriele Andretta
Klaus-Peter Bachmann
Uwe Bartels
Heiner Bartling
Martin Bäumer

Rainer Beckmann
Karsten Behr
Karin Bertholdes-Sandrock
Hans-Christian Biallas
Ulrich Biel
Dr. Uwe Biester
Friedhelm Biestmann
Karl-Heinz Bley
Heike Bockmann
Jörg Bode
Norbert Böhlke
Hennig Brandes
Ralf Briese
Volker Brockmann
Dr. Emil Brockstedt
Christina Bührmann
Bernhard Busemann
Werner Buß
Reinhold Coenen
Helmut Dammann-Tamke
Dr. Karl-Ludwig von Dannwitz
Klaus-Peter Dehde
Hermann Dinkla
Christian Dürr
Ingrid Eckel
Hans-Heinrich Ehlen
Petra Emmerich-Kopatsch
Hermann Eppers
Ursula Ernst
Klaus Fleer
Sigmar Gabriel
Renate Geuter
Rudolf Götz
Alice Graschtat
Ulla Groskurt
Clemens Große Macke
Hans-Dieter Haase
Enno Hagenah
Ilse Hansen
Uwe Harden
Rebecca Harms
Wilhelm Heidemann
Frauke Heiligenstadt
Karsten Heineking
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić
Friedhelm Helberg
Ursula Helmhold (entschuldigt)
Marie-Luise Hemme
Wolfgang Hermann
Bernd-Carsten Hiebing
Reinhold Hilbers
Jörg Hillmer
Walter Hirche
Wilhelm Hogrefe

Ernst-August Hoppenbrock
Frank Henry Horn
Carsten Höttcher
Angelika Jahns
Gabriele Jakob
Meta Janssen-Kucz
Hans-Joachim Janßen (entschuldigt)
Claus Johannßen
Wolfgang Jüttner
Jens Kaidas
Friedrich Kethorn
Karl-Heinz Klare
Hans-Jürgen Klein
Ingrid Klopp
Gabriela Kohlenberg
Gisela Konrath
Ina Korter
Ursula Körtner
Gerda Krämer
Klaus Krumfuß
Ulrike Kuhlo
Georgia Langhans
Karl-Heinrich Langspecht
Carsten Lehmann
Dr. Hans-Albert Lennartz
Günter Lenz
Uwe-Peter Lestin
Sigrid Leuschner
Dr. Ursula von der Leyen
Editha Lorberg
Dr. Max Matthiesen
David McAllister
Andreas Meihsies
Walter Meinhold
Gesine Meißner
Heidrun Merk
Rolf Meyer
Axel Miesner
Johanne Modder
Dieter Möhrmann
Hartmut Möllring
Elke Müller
Heidemarie Mundlos
Jens Nacke
Manfred Nahrstedt
Matthias Nerlich
Dr. Harald Noack
Frank Oesterhelweg
Jan-Christoph Oetjen
Wolfgang Ontijd
Thomas Oppermann
Inse-Marie Orgies
Ursula Peters
Daniela Pfeiffer

Hans-Werner Pickel
Axel Plaue
Claus Peter Poppe
Sigrid Rakow
Klaus Rickert
Roland Riese
Friedrich-Otto Ripke
Heinz Rolfes
Dr. Philipp Rösler
Mechthild Ross-Luttmann
Wolfgang Röttger
Dr. Joachim Runkel
Jutta Rübke
Brunhilde Rühl
Hans-Heinrich Sander
Günter Schlüterbusch
Wittich Schobert
Kurt Schrader
Ulrike Schröder
Annette Schwarz
Hans-Werner Schwarz
Uwe Schwarz
Heiner Schönecke
Uwe Schünemann
Silva Seeler
Regina Seeringer
Britta Siebert
Brigitte Somfleth
Dieter Steinecke
Dorothea Steiner
Karin Stief-Kreihe
Lutz Stratmann
Dr. Otto Stumpf
Joachim Stünkel
Ulf Thiele
Hans-Peter Thul
Björn Thümler
Thorsten Thümler
Rosemarie Tinius
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan
Katrín Trost
Ingolf Viereck
Astrid Vockert
Irmgard Vogelsang
Jacques Voigtländer
Dörthe Weddige-Degenhard
Hans-Hermann Wendhausen
Stefan Wenzel
Silke Weyberg
Amei Wiegel
André Wiese
Gerd Will
Dr. Kuno Winn
Erhard Wolfkühler

Monika Wörmer-Zimmermann
Wolfgang Wulf
Christian Wulff
Anneliese Zachow
Dr. Dr. Roland Zielke

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen und die Gespräche einzustellen.

Meine Damen und Herren, gibt es noch eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten, die bzw. der nicht abgestimmt hat?

Meine Damen und Herren, der Namensaufruf ist jetzt beendet. Ich bitte nun die an dem Wahlvorgang beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer Frau Philipps, Frau Schuster-Barkau und Herrn Pörtner nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal: Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen im Saal, die bzw. der nicht abgestimmt hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekannt gegeben. Ich unterbreche jetzt die Sitzung, bitte aber alle Mitglieder des Landtages, auf den Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die an dem Wahlvorgang beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer Frau Philipps, Frau Schuster-Barkau und Herr Pörtner sowie die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten - alle zusammen - die Stimmen auszählen. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.12 Uhr.

Wiederbeginn: 13.22 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Das Wahlergebnis liegt vor. Nach der mir vorliegenden Wahl Niederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: 181 abgegebene Stimmzettel, keine ungültig, damit 181 abgegebene gültige Stimmen. Es sind 105 Stimmen für den Abgeordneten Christian Wulff abgegeben worden.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Die Abgeordneten der CDU und der

FDP erheben sich von den Plätzen - Christian Wulff [CDU] nimmt Glückwünsche entgegen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

Ich ahne, dass irgendwo da, wo der Blumenstrauß ist, auch Herr Wulff ist. Aber den brauche ich jetzt einmal; es hilft alles nichts.

(Christian Wulff [CDU] ist von Fotografen umringt - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Platz. - Ich sagte bereits, dass 105 Stimmen für den Abgeordneten Wulff abgegeben worden sind. 76 Kolleginnen und Kollegen stimmten mit Nein.

(Beifall bei der SPD)

Stimmenthaltungen gab es nicht.

Gemäß Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung ist damit der Abgeordnete Wulff zum Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt worden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP, in rhythmisches Klatschen übergehend)

Herr Abgeordneter Wulff, es ist vielleicht eine komische Frage, aber ich muss sie stellen. Ich muss Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Christian Wulff (CDU):

Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen im gesamten hohen Hause.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Damit sind Sie, Herr Kollege Wulff, zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück und Erfolg.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie in der Lage sind, dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Ja.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mich der Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt hat, wofür ich mich beim gesamten Haus bedanken möchte, und ich allen Mitgliedern des Parlaments eine gute Zusammenarbeit anbieten möchte, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 unserer Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung gemäß des derzeit gültigen Ressortzuschnitts und der Ressortbezeichnung, die jetzt gültig ist:

Herrn Uwe Schönemann als Innenminister,

Herrn Hartmut Möllring als Finanzminister,

Frau Dr. Ursula von der Leyen als Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales,

Herrn Lutz Stratmann als Minister für Wissenschaft und Kultur,

Herrn Bernd Busemann als Kultusminister,

Herrn Walter Hirche als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr - ihn bestimme ich zugleich zu meinem Stellvertreter -,

Herrn Hans-Heinrich Ehlen als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Frau Elisabeth Heister-Neumann als Justizministerin

und

Herrn Hans-Heinrich Sander als Umweltminister.

Ich bitte das hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich mache nur darauf aufmerksam, dass jetzt noch die alten Bezeichnungen für die Ministerien gelten. Die neuen, so wie sie ins Auge gefasst sind, müssen erst von der neuen Landesregierung beschlossen werden.

Nach Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über diese Bestätigung abstimmen. Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, die Bestätigung der Landesregierung ist damit erteilt. Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung sehr herzlich.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Abgeordnete begeben sich zu den Ausgängen)

- Moment, meine Damen und Herren, bitte bleiben Sie auf Ihren Plätzen. Noch zehn Sekunden, dann haben wir es geschafft, und dann ist die Mittagspause erreicht. Auch die Glückwünsche können Sie gleich aussprechen. Bitte begeben Sie sich auf Ihre Plätze.

Meine Damen und Herren, es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung zu Beginn der Nachmittagssitzung zu vereidigen. Zuvor müssen jedoch die Ministerinnen und Minister durch Aushängung der Ernennungsurkunden ernannt werden. Das wird während der Pause geschehen, zu der ich die Sitzung jetzt unterbreche.

Das Landtagspräsidium bittet alle Anwesenden zu einem Empfang in die Wandelhalle.

Wir setzen die Sitzung - wie geplant - um 15 Uhr mit der Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten fort. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.31 Uhr.

Wiederbeginn: 15.10 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Nachmittagssitzung. Wir kommen zur

Vereidigung der Landesregierung

Wie bereits angekündigt, bitte ich alle Journalisten und Kamerateams, den Plenarsaal zu verlassen. Das haben Sie schon in vorauseilendem Gehorsam getan. Dafür darf ich mich herzlich bedanken.

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister, nach vorn zum Stenografentisch zu kommen. Das haben Sie bereits getan. Herzlichen Dank.

Ich bitte jetzt alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, das Bekenntnis und der Eid sind von jedem Einzelnen abzulegen. Ich bitte Sie nach Aufruf einzeln zu mir hochzukommen und Bekenntnis und Eid vorzusprechen.

Ich lese die Eidesformel noch einmal insgesamt vor. Sie lautet:

„Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.“

Der Eid kann mit oder ohne die Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Herr Ministerpräsident!

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Ver-

fassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Innenminister Schönemann!

Uwe Schönemann, Innenminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Finanzminister Hartmut Möllring!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales, Frau Dr. Ursula von der Leyen!

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Frauen, Arbeit, Soziales:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesre-

publik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kultusminister Bernd Busemann!

Bernd Busemann, Kultusminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Walter Hirche!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebens-

grundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Hans-Heinrich Ehlen!

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann!

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Umweltminister Hans-Heinrich Sander!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Ministerpräsident! Verehrte Ministerinnen und Minister! Ich gratuliere Ihnen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. - Herzlichen Dank, dass Sie sich erhoben haben. Bitte, nehmen Sie wieder Platz.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung ist damit verfassungsgemäß gebildet und wir kommen jetzt zur

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Ich bitte Herrn Ministerpräsident Wulff, seine Regierungserklärung abzugeben.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Niedersachsen haben am 2. Februar dieses Jahres nicht nur einen neuen Landtag gewählt - nein, die Menschen in unserem Land haben sich für eine neue Politik entschieden. Das hervorragende Ergebnis von CDU und FDP am 2. Februar zeugt unmissverständlich vom Wunsch der Menschen, dass ein Kurswechsel erfolgen möge -

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

im Stil der Politik, was Verlässlichkeit, Klarheit, Wahrheit, Klugheit und Entschiedenheit der Politik anbelangt, aber auch was Inhalte anbelangt.

Wir haben einen Auftrag bekommen mit einer überwältigenden Mehrheit, erdrutschartig, und wir sagen jetzt: Wir bestätigen diesen Auftrag. Jeder sollte verstanden haben: Wer jetzt noch mauert, wer jetzt noch mit den Rezepten von gestern kommt, handelt gegen den Wählerwillen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Lage des Landes Niedersachsen, aber auch die Lage Deutschlands ist eine ernste Lage. Das wird niemand bestreiten können, und darüber werden wir heute und morgen zu Recht debattieren.

Ich möchte mich aber vorweg für das Mandat, welches wir erlangt haben, und für das damit verbundene Vertrauen bedanken. Herzlich danke ich denen, die mit Elan und hervorragender Arbeit zu diesem Erfolg beigetragen haben. Jeder hier im Plenarsaal, egal, welcher Fraktion er angehört, wird verstehen, wenn ich sage, dass wir in diesem Moment der Freude - das gilt jedenfalls für die Union - insbesondere an Wilfried Hasselmann denken, einen der großen Parlamentarier dieses Landes, der nach dem 6. Februar 1976 diesen Tag, den 4. März 2003, allzu gerne erlebt hätte. Wir hätten uns gewünscht, dass er ihn erlebt hätte. Insofern sind unsere Gedanken heute natürlich auch bei diesem Parlamentarier unseres Landes, der sich um unser Land verdient gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sprechen als gute Demokraten niemandem ab, das Beste für unser Land zu wollen. Das sollten wir uns hier generell gegenseitig unterstellen. Deshalb ist es ein ehrlicher Dank, wenn ich der ehemaligen Regierung, die heute zurückgetreten ist, für ihr Bemühen um Niedersachsen danke. Jeder von uns weiß, welcher zeitliche, persönliche und menschliche Einsatz damit verbunden ist. Insofern - das habe ich auch eben bei der Übergabe in der Staatskanzlei deutlich gemacht - gebührt Ihnen, Herr Gabriel, und den Ministerinnen und Ministern der zurückgetretenen Landesregierung der große Dank des gesamten Landes für diesen Einsatz, unabhängig davon, dass die einen die Segel gern so und die anderen die Segel eher anders gestellt hätten. Sie haben jedenfalls in stürmischer See Ihren Mann gestanden, und Sie haben sich als Frauen und Männer für das Land eingesetzt. Dafür gebührt Ihnen der Dank des Landes, aller Fraktionen und

der gesamten Bevölkerung. Ich finde, das darf ich hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich glaube ohnehin, dass wir in der dramatisch schlechten Situation, in der sich unser Land befindet, jeden unnötigen Streit vermeiden sollten, weil wir die Kraft für Wichtiges einsetzen müssen. Alle gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, die großen Verbände und Institutionen sind zur Mitarbeit aufgerufen, damit Niedersachsen sein wichtigstes Ziel erreichen kann, nämlich wieder für Wachstum Sorge zu tragen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind in größter Sorge und Not und befürchten, dass wir momentan vermutlich die größte Krise seit der Nachkriegszeit erleben. Immer mehr machen sich Sorgen um ihren eigenen Arbeits- und Ausbildungsplatz bzw. um die Ausbildungsplätze der Kinder, der nächsten Generation.

Wir brauchen wieder ein Klima, in dem sich Optimismus verbreitet. Die neue Regierung fühlt sich dabei allen Menschen verpflichtet, nicht nur denen, die sie gewählt haben, oder den Wählern anderer Parteien, sondern auch den Nichtwählern. Natürlich werden wir uns demnächst auch damit befassen müssen, dass die Zahl derer, die gar keine Stimme abgeben, steigt. Ich für meinen Teil möchte jedenfalls mit meiner Landesregierung erreichen, dass wir die Menschen wieder mobilisieren, dass wir Vertrauen und Interesse zurückgewinnen und dass die Politik im ganzen Land das Interesse findet, das die Politik dringlichst braucht. Ich glaube, das ist ein Anliegen über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Dabei schulden wir den Menschen, wirklich Verantwortung zu übernehmen, all unsere Kraft und unsere Ideen einzusetzen, Zuversicht und Zutrauen zu vermitteln, anzupacken und uns zu engagieren und andere zu ermutigen, Gleiches zu tun. Politik muss dabei vorbildhaft sein, mutig vorangehen, das Vertrauen, welches sie bekommt, als Vertrauensvorschuss werten und dieses Vertrauen dann auch rechtfertigen.

Ich glaube, dass wir nach dem Scheitern des Bündnisses für Arbeit in den letzten Stunden umso deutlicher vor Augen geführt bekommen haben, dass wir eine zupackende Regierung brauchen, in den Ländern, aber auch auf Bundesebene. Wir müssen das, für das wir gewählt sind, verwirkli-

chen. Auf keinen Fall wird diese Landesregierung fortsetzen, Entscheidungen vom Parlament weg in Kommissionen, Sachverständigenräte, an Runde Tische oder an Gutachter zu verlegen, um sich nicht selbst der Kritik zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir nehmen für uns in Anspruch, als Entscheider angetreten und als Entscheider gewählt worden zu sein, und deshalb werden wir auch Entscheider sein, wenn wir auch manchen dadurch verunsichern mögen, dass wir das, was in unserem Wahlprogramm stand, nach der Wahl auch tatsächlich tun. Es sind die Parlamente und Regierungen, die auf das Gemeinwohl vereidigt sind. Weder Professoren noch Funktionäre sind auf das Gemeinwohl vereidigt, sondern sie vertreten Partikularinteressen. Das muss hier in diesem Parlament im Wettstreit zwischen allen Fraktionen auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite zu einem guten Ganzen zusammengefügt werden.

Obwohl wir erst zwei Stunden im Amt sind, haben wir doch schon ein Zeichen damit setzen wollen, dass wir die Regierungspräsidentenpositionen, die üblicherweise bei Regierungswechseln neu besetzt werden, nicht besetzt haben, weil wir deutlich machen wollen: Es muss gespart werden, und zwar überall. Und die Treppe wird am besten von oben gefegt, d. h. auch oben muss gespart werden und nicht nur bei den Leuten, bei denen man Arbeitsgerichte anrufen muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich wünsche mir sehr, dass sowohl von dieser neuen Landesregierung als auch in den nächsten Monaten von der amtierenden Bundesregierung Signale ausgehen, die Anhaltspunkte für Wachstum, für Aufbruch und für Optimismus liefern. Mit den Wahlergebnissen in Hessen, in Niedersachsen und jüngst in Schleswig-Holstein ist die Erwartungshaltung verbunden, gerade auch an die Bundespolitik, dass man den eingeschlagenen Kurs ändert. Die Wahlergebnisse waren ein Signal für unser Land, aber natürlich auch ein Signal nach Berlin.

Es hat den historisch einmaligen Vorgang gegeben, dass die Wirtschaftsweisen, von der Bundesregierung bestellt, bereits nach Durchsicht der rot-grünen Koalitionsvereinbarung in Berlin ihre eigene Wachstumserwartung für das laufende Jahr um mehr als einen halben Prozentpunkt abgesenkt

haben, weil sie die Aneinanderfügung von Einzelmaßnahmen, die von Berlin ausgehen, für grundfalsch halten, von der Verteuerung der Energiekosten, was uns in Niedersachsen von der Papierbis hin zur Aluminium-, Kupfer- oder Stahlindustrie den Garaus macht, über die Gefährdung der Eigenheimzulage bis hin zur Mehrwertsteuererhöhung für den Gartenbau oder zur Firmenwagenbesteuerung, die uns als Automobilland besonders trifft. Es war schon interessant zu beobachten, dass in den letzten Wochen die noch amtierende Landesregierung gegen diese Politik aus Berlin auch schon ein Veto eingelegt hat, weil sie eben in die falsche Richtung zielt. Wir stehen aufgrund des 2. Februar auch dafür ein, im Bundesrat die Interessen Niedersachsens energischer, anders zu vertreten und diesen Irrweg der Berliner aufzuhalten. Denn der führt zu nichts anderem als zu größeren Problemen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die beiden Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben sich sehr schnell verständigt, weil sie wussten: Streit ist das Letzte, was die Menschen von uns wollen und erwarten. Aber wir waren uns auch in der Sache einig, dass dieses Land ein Wachstumsprogramm braucht, das erst einmal nichts kostet, aber mehr Beweglichkeit, mehr Beschäftigung und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt bringt. Wir brauchen die Abschaffung von Regelungen, die verhindern, dass dann, wenn in Deutschland Wachstum da ist, dies zu zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen führt. Wir sind das Land in der Welt, in der selbst bei anderthalb Prozent Wachstum keine zusätzliche Beschäftigung entstanden ist und damit auch kein neues Wachstum durch Beschäftigung entstehen konnte.

Die Ursachen sind seit vielen Jahren tabuisiert. Über 50 % aller Arbeitslosen – in Deutschland haben wir rund 5 Millionen gemeldete Arbeitslose – haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Ich bin der festen Überzeugung: Wir werden für diese nur dann ausreichend viele Arbeitsplätze schaffen, wenn wir bei geringeren Qualifikationsanforderungen niedrigere Löhne zulassen, wenn wir strukturelle Verkrustungen am Arbeitsmarkt aufbrechen, wenn wir bei der Tarifpolitik zu orts- und fallnäheren Entscheidungen kommen, wenn wir die Dominanz von Flächentarifverträgen aufbrechen, um individuelle Abkommen zwischen Belegschaft - mit Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit – und Unternehmensleitung zu ermögli-

chen, wenn wir für kleine und mittlere Unternehmen Sonderregelungen finden. Auch diese denken inzwischen daran, ihre Unternehmen ins Ausland zu verlagern. Das bedeutet in jeder Region des Landes tagtäglich Unternehmenspleiten, tagtäglich Verlust von Arbeitsplätzen.

Wir brauchen betriebliche Bündnisse für mehr und neue Arbeitsplätze, aber in der jetzigen wirtschaftlichen Situation vor allem auch zur Bestandswahrung für vorhandene Arbeitsplätze. Wir brauchen Anreize zur Aufnahme von Arbeit. Soziale Leistungen müssen denen abverlangt werden oder Beschäftigungsangebote müssen denen unterbreitet werden, die derzeit in der Arbeitslosigkeit verharren, obwohl sie arbeitsfähig wären. Das wird durch Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe gehen. Das wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir den Kommunen, unseren Landkreisen und kreisfreien Städten, hier mehr Kompetenzen zubilligen und die, die dort erfolgreich sind, prämiieren, aber nicht jene belohnen, die auf diesem Felde nichts zustande gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich glaube in aller Ernsthaftigkeit der Stunde, dass das Arbeitsrecht in Deutschland von allen Gutachtern der Welt nicht zu Unrecht als *das* deutsche Standortproblem bezeichnet wird. Wir sind geradezu ein Paradebeispiel für Überbürokratisierung unserer Wirtschaft. Bei uns denkt der Unternehmer dreimal darüber nach, ob er eine Neueinstellung vornehmen soll oder ob er sich nicht anders helfen sollte, notfalls durch Ablehnung eines Auftrages.

Wir müssen die Strukturen aufbrechen bei der Zeitarbeit und bei befristeten Arbeitsverhältnissen. Wir sollten älteren Arbeitnehmern und vor allem älteren Arbeitslosen über 50 Jahren die Chance geben, dass sie wieder Beschäftigung finden – durch Optionsmodelle, dadurch dass sie auf den Kündigungsschutzanspruch zugunsten einer Abfindung verzichten. Ich bin froh, dass darüber inzwischen mit den Gewerkschaftern gesprochen werden kann, weil sie bereit sind, Signale zu setzen. Was hilft es dem, der arbeitslos ist, wenn er darauf verwiesen wird, dass er einen potenziellen Anspruch auf einen Arbeitsplatz mit wunderbar ausgestalteten Rechten hat, er diesen Arbeitsplatz aber gar nicht erst bekommt? - Dann ist es besser, befristet Arbeit zu haben, als unbefristet arbeitslos zu sein. Dem müssen wir wieder zum Durchbruch verhelfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist wahr: Nach wie vor – der amtierende Präsident ist davon ausgenommen – haben Parlamentspräsidenten den Erfolg ihrer Arbeit daran gemessen, wie viele Gesetze, Erlasse und Verordnungen in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden sind. Heute müssen Unternehmer 6 000 Gesetze und Verordnungen mit mehr als 85 000 Einzelschriften beachten. Wenn man das durchbrechen würde, wenn man das vereinfachen würde, dann hätten wir eine Existenzgründungswelle, und wir hätten das Image als Musterland Niedersachsen mit der wenigsten Bürokratie, den schnellsten Verfahren und dem aufgeschlossenen Klima. Das muss das Ziel unseres Landes sein, damit die Leute sagen: Hier will ich investieren, hier will ich konsumieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden uns dabei nicht von Wunschträumen leiten lassen, wie man es gerne hätte, sondern wir möchten uns von der Realität leiten lassen. Gut gemeint - das unterstellen wir uns alle – ist nicht immer gut gemacht. Wir stehen als Niedersachsen im internationalen Wettbewerb, nicht nur im Wettbewerb mit Baden-Württemberg oder Bayern, sondern im internationalen Wettbewerb mit Lettland, Sao Paulo und Kentucky. Die ehemals nationalen Märkte – ob für Kapital, Güter oder Dienstleistungen – gehen in globale Märkte über. Standortqualität zu entwickeln heißt, weltweit ein Standort zu sein, an den die Firmen gerne gehen, an dem sie gerne investieren, an dem sie Standorte internationaler Arbeitsteilung errichten. Das erfordert, dass Niedersachsen auf der internationalen Bühne ankommt – auch mit seinem Selbstverständnis –, und das erfordert, mehr in Wissen, in Technologie, in Forschung und in Menschen zu investieren. Wertschöpfung in unserem Land wird dann erfolgen, wenn wir das Wissen der Menschen fördern.

Die neue Landesregierung wird gegen alle Anfeindungen, die es gegeben hat, ob man das denn umsetzen könne, diesen Schwerpunkt setzen, in Menschen, in das Erziehungs- und Ausbildungswesen zu investieren, weil dort die Zukunft unseres Landes liegt. Wer daran Zweifel hat, hätte heute Morgen im Gottesdienst nur die Kinder der Ludwig-Windthorst-Orientierungsstufe beobachten müssen, um zu wissen: Dort steckt die Zukunft unseres Landes,

(Beifall bei und Zurufe von der SPD)

wenn diese Kinder gut drauf sind, wenn sie fröhlich sind. Es gibt generell großartige Kinder, auch in der Orientierungsstufe. Dafür, dass das Leidensgefühl so aus Ihnen herausbricht, weil die Orientierungsstufe abgeschafft werden soll, nachdem Sie eine Förderstufe einführen wollten, hat hier jeder Verständnis. Das ändert aber nichts daran, dass wir in die junge Generation investieren müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gut für Niedersachsen wird sein, was Arbeit schafft. Nur Wachstum schafft Arbeit, Arbeit schafft Wachstum. Das werden wir aber nicht erreichen, wenn die Sozialabgaben weiter steigen. Ein Prozent mehr Sozialabgaben bedeutet 100 000 zusätzliche Arbeitslose. Höhere Steuern bedeuten mehr Arbeitslose, weniger Einnahmen, höhere Beiträge und noch mehr Arbeitslose. So - das haben die Wähler am 2. Februar gesagt - kann es mit dieser Spirale nicht weitergehen, dass jetzt wieder die Krankenkassenbeiträge steigen, dass dann wieder die Kosten für die Alterssicherung steigen, dass es dann noch weniger Arbeitsplätze gibt und die Arbeitnehmer noch mehr bezahlen müssen. Wir sind unabhängig davon, welcher Partei wir angehören, dazu aufgerufen, diese großen Reformvorhaben voranzubringen: die Alterssicherung, die Gesundheitsversorgung, die Steuerreform und den Bürokratieabbau.

Diese Landesregierung bietet jedem, egal, wo er steht, die Mitarbeit an, die Probleme zu lösen; denn das ist unser Auftrag, nicht aber übereinander herzufallen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dazu gehört aber auch, den Bürgern reinen Wein über die Möglichkeiten und Grenzen des Staatsauftrages einzuschenken. Die Zukunft - auch das ist kritisiert worden - erfordert Konzentration auf die Kernaufgaben. Grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme, des Steuerrechts, des Arbeits- und Tarifrechts werden nur möglich sein, wenn alle bereit sind, sich mehr zuzumuten, und wir damit Zumutung für die Bürger im Land bedeuten dürfen. Wir haben vor den Wahlen gesagt, was die Menschen zu erwarten haben, dass der Staat nicht alles richten kann, sondern dass die Bürger mittun, die Ärmel aufkrepeln sollen, dass wir aktive Bürger, verantwortliche, mündige Bür-

gerinnen und Bürger in Niedersachsen brauchen. Nur gemeinsam wird der Karren aus dem Dreck gezogen, oder aber er bleibt dort, wo er ist, und versinkt noch tiefer im Morast.

Alle, die sich ein wenig für Politik interessieren, wissen, dass unser Problem kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit ist. Der Worte sind genug gewechselt. Deswegen ist es eigentlich nicht der Ort der Politik, zu reden, sondern der Ort der Politik ist, zu handeln.

Die Ziele müssten klar sein, nämlich die Staatsaufgaben zu reduzieren, das Subsidiaritätsprinzip zu beleben, damit der Staat nicht alles das an sich zieht, was der Einzelne selbst viel besser regeln kann.

Ich habe in den letzten Jahren oft - immer aus der mahnenden Rolle, die mir gar nicht lag, des Oppositionsführers - gesagt: Schaut auf die Welt!

(Lachen bei der SPD)

- Man muss auch Selbstkritik vertreten können.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden als neue Regierung diesen Hinweis, den ich gegeben habe, beherzigen, dass nämlich die Länder in der Welt erfolgreich gewesen sind - ob Holland, Dänemark, Amerika oder Neuseeland -, die ihre Staatsquote auf 6 bis 12 % gesenkt haben und die Freiräume, die Fantasie, die Kreativität der Menschen erweitert haben. Dort hat sich Prosperität gezeigt. Davon haben alle profitiert, vor allem die Schwächsten der Gesellschaft. Denn für diese kann umso mehr getan werden, je erfolgreicher ein Land ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben den politischen Willen, das, was wir immer verfochten haben, auch durchzusetzen. Jede Umbruchphase kennt diejenigen, die nicht mitkönnen. Um die, die nicht mitkönnen, werden wir uns kümmern. Denen werden wir helfen. Aber es gibt in jeder Umbruchphase auch diejenigen, die nicht mitwollen. Wir werden es auch gegen die, die nicht mitwollen, durchsetzen, weil wir die Veränderung im Interesse unseres Gemeinwesens brauchen.

Ich wünsche mir, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung mitmachen - jeder an seinem Platz -, damit wir die Drehzahl erhöhen können; denn das Erbe - ich will darauf

nicht allzu lange herumreiten -, das wir übernehmen, ist ein gigantisches. Das Land ist pleite. Dieter Wischmeyer hat empfohlen, Konkurs anzumelden und in der nächsten Woche unter neuem Namen neu anzufangen. Diese Möglichkeit ist uns nicht gegeben; ich sage das in aller Bedächtigkeit. Wir werden dieses Erbe annehmen, dass Sie in 13 Jahren SPD-geführter Landesregierung mehr Schulden gemacht haben, als an Schulden in den gesamten 44 Jahren zuvor aufgenommen wurden.

Ich will hier nicht alte Schlachten des Wahlkampfes neu führen, aber es gibt eine unendliche Zahl von Baustellen in unserem Land, die einer nüchternen Beschreibung unserer tatsächlichen Lage bedürfen. Ich bin hier an der Nahtstelle. Wenn Regierungschefs reden, dann wird ihnen immer vorgeworfen, sie würden schönreden; wenn Oppositionsführer reden, dann wird immer gesagt, sie würden schlechtreden. Insofern ist diese Nahtstelle eine sehr spannende, wenn man die Lage beschreibt. Ich habe wenig Veranlassung, schönzureden; ich habe als Regierungschef überhaupt keine Veranlassung schlechtzureden. Wir sind ein großartiges Land mit tollen Menschen, tollen Anlagen, tollen Chancen - keine Frage. Es wird nicht schwer fallen, auf diese Form in den nächsten Wochen und Monaten überzuwechseln.

Bevor man sich aber ans Werk macht, muss man ganz kurz Revue passieren lassen, in welcher Situation wir uns derzeit befinden. Unter allen westdeutschen Ländern hat nur Bremen eine höhere Arbeitslosigkeit. Niedersachsen ist bei der Selbständigenquote unter allen deutschen Ländern auf den 13. Platz abgerutscht. Die Wirtschaftskraft ist in den letzten zehn Jahren im Bundesdurchschnitt weiter zurückgefallen. Der Vergleich der westdeutschen Bundesländer sieht bei uns die meisten Insolvenzen; bei den Patentanmeldungen im Bundesvergleich liegen wir an vorletzter Stelle - vor Sachsen-Anhalt.

Das ist die Beschreibung der Situation des Landes, wie sie sich im Moment darstellt, bei der Übernahme durch diese neue CDU/FDP-Landesregierung. Wir haben zwar eine wachsende Bevölkerung, aber unsere Wirtschaft wächst nicht. Wir rangieren bei Existenzgründern im Vergleich an vorletzter Stelle, und bei der Dienstleistungsentwicklung sind wir zögerlich und zäh. Unsere Abhängigkeit von der Industrie hat eher zugenommen. Das ist die Ausgangslage, weil sich Stagnation und Pessimismus über das Land hinweggelegt haben, obwohl wir in den 80er-Jahren Schritt für

Schritt aufgeholt hatten und man damals merkte: Hier in Niedersachsen brummt es; hier tut sich was. Davon kann heute keine Rede sein.

Trotz mancher guter Jahre - nach der deutschen Einheit, als die Zonengrenze wegfiel, als wir die längste innerdeutsche Grenze hatten und in Niedersachsen die Wirtschaft boomte - sind keine Rückstellungen gebildet und keine Schulden abgebaut worden. Selbst durch die Sonderkonjunktur der Weltausstellung EXPO 2000 ist die Lage nicht verbessert worden. Es ist eigentlich des Streites überflüssig, wenn man Ihren scheidenden, angesehenen Parlamentspräsidenten Herrn Professor Wernstedt richtig wahrnimmt. Ich werde Ihnen das bestimmt nicht in den nächsten Jahren ständig um die Ohren hauen - ich weiß, wie das ist -; aber es bleibt trotzdem richtig. Wenn er jetzt sagt, das Land sei pleite und in wenigen Jahren zahlungsunfähig, dann ist das ein Lamento über die Zeit Ihres Regierens in Niedersachsen, wie es schlimmer nicht ausfallen könnte. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schon aus Gründen der Wahrhaftigkeit - um zu wissen, was wo getan werden muss - werden wir in den nächsten Wochen ressortmäßige Schlussbilanzen aufstellen, damit wir exakt in Euro und Cent darlegen können, welche Probleme hier aufgetürmt sind. Das ist zwei Stunden nach Amtsübernahme nicht möglich. Aber wir müssen dann darüber reden, wie wir dies verändern wollen, damit Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen können. Alle Politikfelder des Landes werden sich unter diesen Gesichtspunkt zu stellen haben, dass finanzieller Konsolidierungsbedarf, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und durchgreifende Verwaltungsreform notwendigste, dringlichste sofortige Aufgaben der Regierung sind.

Die Einnahmen unseres Landes haben sich dramatisch nach unten entwickelt: Im Jahr 2001 gingen die Steuereinnahmen um 4,5 % zurück; im letzten Jahr waren es dramatische 8,3 %. Schuld daran sind eben auch Ihre Weichenstellungen in Berlin. Diese chaotische Körperschaftsteuer, die zu Einnahmeausfällen des Staates im Umfang von 25 Milliarden Euro geführt hat - mehr als der gesamte Verteidigungshaushalt -, hat unseren Gemeinden schwer zu schaffen gemacht. Das hat das Land Niedersachsen vor die Wand fahren lassen. Deswegen bedarf es der Korrektur der Politik in

Berlin. Wir werden uns dafür einsetzen; denn leider haben Sie dem zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Land Niedersachsen hat unter den westdeutschen Flächenländern das relativ höchste Haushaltsdefizit zu verkraften – gemessen am Anteil der Ausgaben. Unter allen Ländern Deutschlands hat nur Berlin ein höheres Defizit. Trotz Ausschöpfung aller Neuverschuldung, die Sie nahezu verdoppelt haben, werden wir das Jahr 2002 mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen Euro abschließen, der spätestens nächstes Jahr ausgeglichen werden muss.

Die Erosion der Einnahmehasis hat das Land in eine dramatische finanzwirtschaftliche Situation gebracht. Um die Zahlungsfähigkeit zu sichern, wurde für 2002 und 2003 die Kreditemächtigung verdoppelt. Trotzdem werden schon dadurch 135 Millionen Euro Zinsen Jahr für Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit Antritt der Regierung Gabriel wurde der damals zögerlich beschrittene Pfad der Konsolidierung endgültig verlassen. Kein anderes westdeutsches Flächenland hat seine Ausgaben ohne Finanzausgleich gegenüber 1999 so stark ausgeweitet wie Niedersachsen. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes klug entschieden. Sie haben gesehen: Es gibt überhaupt keine Alternative zu einem Regierungswechsel, weil die Probleme dieses Landes, die aufgeschoben wurden, in neue Hände gehören und beherzt angepackt und gelöst werden müssen. Dazu sind wir bereit. Es gibt keine Alternative, als diese Probleme letztendlich anzupacken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im kommenden Jahr werden die vorgesehenen Ausgaben zu mindestens 2,2 Milliarden Euro nicht finanzierbar sein - unvorstellbare ca. 4,4 Milliarden DM -; eine Lücke, die noch geschlossen werden muss. Wenn das Wirtschaftswachstum unter die Erwartungen fällt - im Moment fällt es auf null -, dann wird diese Lücke, dieses Finanzdebakel weiter wachsen. Das macht vielleicht erklärbar, warum manche nicht so wehmütig ausgeschieden sind, wie das früher der Fall war, als noch Dinge zu verteilen waren. Mir ist heute morgen bei der Zitierung von Talleyrand offenkundig geworden, dass in Zeiten, in denen es viel zu verteilen gab, der

Regierungswechsel wahrscheinlich mehr Freude bei der Regierung und mehr Schmerz bei der zur Opposition gewordenen Gruppe ausgelöst hat, dass in den heutigen Zeiten die ins Amt Gekommenen die Verantwortung spüren und die in die Opposition Gekommenen möglicherweise das Gefühl haben, es ist sozusagen wie beim 30. Geburtstag: Man selber hat es auf die Treppe hingelegt, und andere müssen es wegfeegen.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Das Gefühl vermitteln Sie allerdings. Da ist die Freude meistens bei denen am größten, die nicht 30 werden, und diejenigen, die das Papier auf der Rathautreppe - solche Bräuche gibt es in Niedersachsen, Frau Harms - verbreitet haben, laben sich daran.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Rebecca Harms [GRÜNE]: Ich bin nicht aus Rheinland-Pfalz!)

- Ich bin wirklich jemand, der Respekt vor der Kreativität der Wendländer hat. Dort ist Kreativität immer wieder anzutreffen. Von daher war das nicht böse gemeint.

Wir haben diese dramatische Finanzlage und auch die der kommunalen Gebietskörperschaften, die 2003 weniger Geld einnehmen werden, als sie noch 1999 hatten. Wir haben also die Ausgaben von 2003 und die Einnahmen von 1999. Es kann sich jeder von uns im Privathaushalt vorstellen, wie das aussähe, wenn man mit den Ausgaben von 2003 und den Einnahmen von 1999 zu operieren hätte.

Dieses Problem erfordert eine grundlegende Gemeindefinanzreform, Änderungen nicht nur bei der Gewerbesteuer und nicht nur bei der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, sondern es erfordert weitere Maßnahmen zugunsten der kommunalen Gebietskörperschaften, die immerhin 70 % aller Aufträge vergeben und deshalb für den Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung sind.

Wir wollen zwei wichtige Signale setzen. Erstens wollen wir, dass Aufgaben- und Kostenübertragung jeweils dann erfolgen, wenn die Dinge zusammenhängen - das Konnexitätsprinzip, d. h. der, der bestellt, muss auch bezahlen. Das ist ein guter niedersächsischer Brauch, der auch im Verhältnis von Land zu Kommunen wieder Gültigkeit haben sollte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens wollen wir einen Konsultationsprozess, einen Beteiligungsprozess nach österreichischem Vorbild, durch den mit den Kommunen besprochen wird, welche Gesetze und Rechtsvorschriften geändert oder beschlossen werden dürfen, nämlich nur dann, wenn zuvor eine Einigung darüber erzielt wurde, vor allem darüber, wer die Kosten zu tragen hat. Wir wollen einen Pakt der Vernunft, einen Pakt zur Stärkung der Kommunen mit den kommunalen Spitzenverbänden, wo sie tatsächlich eine Überprüfung kommunaler Aufgaben und Ausgaben zugesagt bekommen. Die krisenhafte Entwicklung im Bund schlägt nämlich auf die Entwicklung des Landes und der Kommunen unmittelbar durch. Die Konsequenz ist einfach: dauerhafte tiefgreifende Konsolidierungspolitik.

Daran, die Ertragskraft des Landes zu stärken, die Ressourcen auszuschöpfen, die Leistungsfähigkeit unserer Behörden zu optimieren, staatliche Leistungen zu verschlanken und Arbeitsabläufe wirtschaftlicher zu gestalten, führt überhaupt kein Weg vorbei. Das werden wir tun. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um Einnahmen zu erzielen, sei es durch den Verkauf nicht benötigten Landesvermögens, durch weniger Staat, weniger Bürokratie oder weniger Vorschriften.

Alles auf den Prüfstand stellen heißt, die Personalausstattung der Behörden, den Sachmittelaufwand sowie Subventionen und Zuwendungen zu überprüfen. Wir müssen uns auf die Kernaufgaben konzentrieren. Nur wenn bei jeder Aufgabe und Leistung nach Sinn, Erforderlichkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit gefragt wird, haben wir eine Chance, unseren Haushalt in den nächsten zehn, 15 Jahren wieder auf ordentliche Füße zu stellen.

Einer dieser Schritte ist die Abschaffung der Bezirksregierungen; denn das Nebeneinander hier bei uns in Hannover von Verwaltung der Landeshauptstadt, der Regionsverwaltung, der Bezirksregierung und der Landesverwaltung - Herr Bartling, im Ernst - kann sich dieses Land nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist eben nur so möglich, Doppelzuständigkeiten generell zu vermeiden, zu erreichen, dass eine Stelle zuständig ist, entweder die Agrarstrukturverwaltung oder die Landwirtschaftskammern, die Bezirksregierung oder die Regionsverwaltung oder

aber die Landeshauptstadt. Dass überall alles Mögliche nebeneinanderher, parallel und regional verteilt gemacht wird, können wir für die Zukunft nicht mehr aufrechterhalten, es sei denn, wir würden auf Ihrem Weg weitergehen und ständig an der Steuerschraube drehen.

(Heiner Bartling [SPD]: Er weiß nicht, worüber er spricht!)

Damit aber schädigen wir unsere Wirtschaft. Deshalb lehnen wir Steuererhöhungen als den falschen Weg ab. Wir müssen auf der Ausgabenseite des Staates die Freiräume für private Investoren und Konsumenten eröffnen.

Wir werden flächendeckend betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente einführen und zu Einjahreshaushalten zurückkehren. Ferner werden wir nicht mehr Außenstehende für einen Millionenaufwand um Gutachten bitten und damit zugleich die Entscheidungen verschieben, sondern Lösungsansätze schnell umsetzen.

6 000 Stellen in der Landesverwaltung entbehrlich zu machen, ist ein anspruchsvolles Ziel; denn die natürliche Fluktuation in den Landesbehörden ist sehr viel geringer. Bis 2007 werden lediglich 12 000 Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden, von denen zwei Drittel aus den zu Tabus erklärten Bereichen Schule, Polizei und Steuerverwaltung kommen. Das zeigt, dass die natürliche Fluktuation nicht zureichend hilft, die Ziele zu erreichen. Vielmehr müssen wir den Stellenabbau sozialverträglich so organisieren, dass andere - die Kommunen, die Kammern, die Betriebe der Wirtschaft - Personal übernehmen und wir auf private Dienstleister verlagern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die bisherige Landesregierung durch Vermögensaktivierung nahezu alle Bereiche ausgeschöpft hat. Aus Beteiligungsveräußerungen haben Sie Einnahmen in Höhe von 800 Millionen Euro erzielt, aber diese leider nicht für zukünftige Investitionen, sondern zum Schließen von Haushaltslöchern verwendet.

Sie haben einen Flächenverkauf vorgenommen, durch den Sie Einnahmen in Höhe von 300 Millionen Euro erzielt haben, die aber ebenfalls in den allgemeinen Haushalt geflossen sind, mit denen Sie also kein neues Tafelsilber begründet haben.

Wer die Wirtschaftsseiten der Zeitungen aufmerksam liest, stellt fest, dass Sie die Anteile aus der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft sowie das Fördervermögen der Landestreuhandstelle fast bis zur Halskrause verwendet haben, dass die Spielräume überall gegen Null gebracht wurden und dass wir vom Aktienmarkt bzw. von den Aktienkursen abhängen, um hier überhaupt heil um die Kurve zu kommen.

Die Landesregierung jedenfalls ist vor diesem düsteren Hintergrund der Finanzlage unseres Landes entschlossen, die Gewährung von Subventionen und Zuwendungen an neue Bedingungen zu knüpfen. Verwaltungsvorschriften schreiben in Niedersachsen seit Jahren vor, dass Zuwendungen periodisch zu überprüfen sind. Aber das ist nie geschehen.

Wir werden nun zwei Dinge tun: Wir werden die Verwaltungsvorschrift, nach der ständig überprüft werden muss, ob die Subvention noch notwendig ist, aufheben. Trotz Aufhebung dieser Vorschrift werden wir dann das tun, was die Verwaltungsvorschrift bisher verlangt hat. Wir werden also die Vorschriften reduzieren und gleichwohl die Evaluation machen. Sie haben die Vorschrift gemacht, aber nicht evaluiert. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist ein wichtiger Unterschied zwischen Ihnen, die Sie die Vorschrift gemacht haben, sie jedoch nicht befolgt haben, und uns, die wir die Vorschrift nicht brauchen, aber trotzdem gute Politik in diesem Sinne gestalten. Wir werden es uns nicht leisten, knappe Landesgelder für Bundes- oder EU-Mischfinanzierungsprogramme zu verwenden, die keinen oder wenig Nutzen für das Land Niedersachsen haben, nur weil Zuschüsse gezahlt werden.

Wenn wir nicht endlich einsehen - ich habe alte Koalitionsvereinbarungen auch unserer Regierungen gelesen -, dass die Mischfinanzierung die öffentlichen Haushalte letztendlich untergräbt, dann haben wir, was die Mischfinanzierung anbetrifft, nichts begriffen; denn dort animiert der eine den anderen zu Ausgaben, die der andere nie tätigte, wenn der eine nicht als Animator aufträte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann gibt es diese segensreichen Impulsprogramme, bei denen der eine sich brüstet, etwas auf den Weg gebracht zu haben, im Kleingedruckten aber steht, dass der andere, dem man etwas geschenkt hat, nach zwei Jahren selbst für die Kosten aufzukommen hat. Ich meine, wir müssen darüber reden, dass wir viele Leistungen, die derzeit noch gesondert gezahlt werden, in den allgemeinen kommunalen Finanzausgleich überführen, damit die Kommunen die Handlungsspielräume erobern, die sie sonst nicht hätten.

Das Ziel, bis zum Ende der nächsten Wahlperiode einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen, ist ein höchst anspruchsvolles; denn Niedersachsen hat mit einem Haushaltsdefizit von 17 % seiner Ausgaben im Jahre 2002 neben Berlin die schwierigste Ausgangslage aller 16 Bundesländer.

Das alles wird nur dann gelingen, wenn wir in der Wirtschaft andere Signale setzen, wenn wir mit den Kreishandwerkerschaften, den Kammern des Handwerks, den Industrie- und Handelskammern und den Gewerkschaften darüber reden, was geht, und dies dann konstruktiv vorantreiben.

Das Bekenntnis zu den Unternehmensbeteiligungen des Landes steht dabei überhaupt nicht zur Debatte. Wir sind für VW. Wir stehen zum VW-Gesetz, und wir bekennen uns zu allen anderen Landesbeteiligungen. Wir rechnen auch damit, dass die Bundesregierung den Standpunkt der alten wie der neuen Landesregierung in Europa erfolgreich durchsetzt; denn das VW-Gesetz ist mit dem EU-Recht kompatibel.

Aber neben dieser Abhängigkeit von wichtigen Industriebereichen wollen wir den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten, weil sie überwiegend die Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserem Land schaffen bzw. schaffen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft wird auch für den gesamten Bereich von Arbeitsmarktpolitik zuständig sein, die vor allem auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein wird. Es wird mit kleinen und mittleren Unternehmen darüber nachzudenken sein, wie eine Mittelstandsoffensive zu mehr Selbständigkeit aussehen kann.

Zur Selbständigkeit zu motivieren setzt in den Schulen an, dabei, bereits den Schülerinnen und

Schülern ein bestimmtes Unternehmerbild zu vermitteln, ihnen zu sagen: Es macht Spaß, ranzuklotzen, zu investieren, etwas zu unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist nicht etwa Ausbeutung oder eine Belastung des Landes, sondern es ist eine große Chance und eine gewaltige Möglichkeit. - Deshalb sollten wir Hauptschüler, Berufsschüler und Realschüler ermuntern, an eine Selbstständigkeit, an Unternehmertum zu denken, statt sie alle auf abhängige Beschäftigungen zu verweisen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jeder von uns weiß, dass die Insolvenzwellen nach wie vor über unser Land schwappen. Jeder weiß, dass vielen das Kapital fehlt, um zu investieren. Deshalb wollen wir die Investitionsbank des Landes dazu nutzen, schnell 68 Förderprogramme des Landes zu bündeln und zu straffen. Wir wollen Handwerk, Handel und Gewerbe in die Gremien der Bank einbinden. Wir wollen in Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg Außenstellen schaffen, um die dort zweifelsfrei vorhandene Kompetenz der Wirtschaftsförderer in diese Bank zu überführen und unsere Ankündigung wahr zu machen, dass alle, die etwas können, es an einer Stelle machen, statt dass sie sich durch Doppelzuständigkeiten an verschiedenen Stellen gegenseitig das Leben schwer machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wiederholen in dieser Regierungserklärung zum Antritt dieser Regierung, dass wir innerhalb dieser Legislaturperiode ein Drittel aller Vorschriften und damit eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen abschaffen wollen, wie wir neue Vorschriften ohnehin nur noch befristet in Kraft setzen werden. Wenn sich kein dringendes Bedürfnis ergibt, werden sie auslaufen.

Das erste Gesetz, das wir mit einer Befristung versehen werden, ist übrigens das Landesvergabegesetz. Wir brauchen es übergangsweise für die Bauwirtschaft wegen der dortigen Bewegungen, die uns alle beunruhigen. Aber ein Bürokratiemonstrum, wie Sie es geschaffen haben, wie es derzeit zu Gremienwust und Entscheidungsprozessen führt,

(Widerspruch bei der SPD)

werden wir abschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach unserer Koalitionsvereinbarung kann man übrigens der Bauwirtschaft noch viel mehr als durch das Landesvergabegesetz, das für den Baubereich gilt, helfen, indem man nämlich eine gute Zahlungsmoral praktiziert. Deshalb werden wir uns bemühen, dafür zu sorgen, dass Firmen nicht deshalb pleite gehen, weil die Staatshochbauverwaltung nicht rechtzeitig zahlt; vielmehr werden wir dafür sorgen, dass bezahlt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen die Wirtschaftsförderpolitik des Landes nicht nur auf die Existenzgründer, sondern insbesondere auf die vorhandenen Betriebe ausrichten. Es kann doch nicht sein, dass man in diesem Land dann am Besten dasteht, wenn man in Konkurs gegangen ist, zur Ich-AG geworden ist und dann, von allen Pflichten entledigt, neu durchstartet, sondern es muss ja doch auch derjenige eine Chance haben, der acht, neun, zehn, elf Arbeitsplätze schafft und weitere schaffen will. Er darf nicht ständig erleben, dass er einen neuen Schwellenwert überschritten und nun noch mehr Vorleistungen für den Staat zu erbringen hat. Wir müssen die Statistikpflichten der Mittelständler reduzieren, wir müssen den bürokratischen Aufwand zurückdrängen, und wir müssen die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen auch in den Technologietransfer und in die Wissenschaftspolitik einbringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Warum wird es nicht üblich, dass Handwerksmeister in Fachhochschulen ein- und ausgehen und dort die Themen für Diplomarbeiten zu ihrem Betrieb vorgeben? Warum ist es in Niedersachsen nachweislich so, dass die großen technischen Universitäten nahezu ausschließlich mit den großen Industriebetrieben harmonieren, nicht aber mit den vielen Betrieben im Mittelstand, die wir in Niedersachsen besonders in der Fläche haben?

Deshalb wird das Geld, das wir aus Veräußerungserlösen erzielen, in einen Zukunfts- und Innovationsfonds für Projekte für Bildung und neue Technologien eingespeist, aus dem dann das Zusammenwirken von Wirtschaft und Technologie erfolgreich praktiziert wird. Auch dafür hat der Wirtschaftsminister die Zuständigkeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Beide Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass wir mit alten Grabenkämpfen Schluss machen müssen und beispielsweise Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen dürfen. Wir haben Wachstum auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser und in der Luft. Deshalb müssen wir alle diese Verkehrsträger in einem Gesamtverkehrskonzept entwickeln und dürfen nicht ideologisch den einen gegen den anderen ausspielen.

Das aber ist in den Zeiten der früheren Landesregierungen stets passiert. Es ist schon eine beachtliche Leistung - das meine ich jetzt ironisch; das darf man auch an Fastnacht sagen -, in einem Wachstumssegment wie dem Güterverkehrsgewerbe bei zweistelligen Wachstumsraten ein massenhaftes Ausflagen deutscher Unternehmen ins Ausland zu organisieren. Das muss man erst einmal hinbekommen! Sie haben es mit Ihrer Diskussion um Besteuerung, Ökosteuern und Lkw-Maut geschafft, dass haufenweise Lkw-Fahrer ihre Jobs in Niedersachsen verlieren, weil wir diese Betriebe vertrieben haben und die Transporte nun von Luxemburg, von Polen und von Holland aus durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden im Bundesrat hart dafür kämpfen, dass mehr Bundesmittel für den Verkehrsinfrastrukturausbau nach Niedersachsen fließen, um Ihre Versäumnisse von Anfang der 90er-Jahre, als Sie stolz darauf gewesen sind, keine neuen Verkehrsstraßen zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet zu haben, wettzumachen. Viele Betriebe in weiten Teilen unseres Landes leiden auch unter ihrer schlechten Anbindung an die Bundesstraßen oder die Bundesautobahnen. Das muss dringend verbessert werden. Deshalb werden wir bestimmte Projekte neu auf die Tagesordnung bringen: das X von Hamburg nach Magdeburg, die Verbindung von Schwerin nach Wolfsburg oder auch die Küstenautobahn, die man eben nicht so ohne weiteres schon in der Aufstellungsphase des Bundesverkehrswegeplanes beerdigen darf. Vielmehr müssen wir die autobahnliche Erschließung solcher großen Räume wie Nord- und Ostniedersachsen im Auge behalten, damit die deutsche Teilung nicht durch eine Autobahn Magdeburg - Schwerin zementiert, sondern vielmehr aufgelockert wird. Wir wollen die Chancen der Einheit nutzen. Dazu braucht es

aber Straßen - das sind die Lebensadern der Wirtschaft - und eben nicht eine Politik gegen das Auto.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen natürlich auch die Transrapid-Trasse wieder auf die Tagesordnung bringen; das ist völlig klar.

(Zuruf von Axel Plauke [SPD])

- Ach wissen Sie, Herr Plauke - - -

(Zurufe von der SPD)

- Herr Plauke, bevor Sie schlaflose Nächte verbringen: Sie gehören auch zu den Hannoveranern, die sich nicht vorstellen konnten, dass der Ministerpräsident einmal aus Goslar oder aus Osnabrück kommen könnte. Aber wir sind glücklich, wenn wir eine starke Landeshauptstadt haben, und die Landeshauptstadt wird demnächst glücklich sein, wenn sie wieder ein starkes Land hat. Das wird sie nämlich bitter nötig haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Übrigen, Herr Plauke: Wenn wir nicht 14 Überhangmandate erzielt hätten, dann säßen Sie hier gar nicht. Insofern sollten Sie das noch einmal genau überlegen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Heidi Merk [SPD])

- Frau Merk, ich bin begeistert von Ihrem Zwischenruf.

(Uwe Harden [SPD]: Das ist ja ein richtig sportlicher Stil!)

Übrigens: Selbst wenn ich es zurücknähme, wäre das Schlimme für Sie, dass es richtig bliebe;

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

denn das ist eine Frage der Systematik von Überhang- und Ausgleichsmandaten. Aber wir freuen uns - damit daran kein Zweifel besteht -, dass wir hier weiter streiten können. Wenn man aber so über andere Landesteile höhnt, Herr Plauke, dann hat man eben das Problem, dass man dann als Hannoveraner zwischen Weihnachten und Neujahr

nach China fliegen muss, um den Transrapid fahren zu sehen. Wir hätten es dem Kanzler gewünscht, wenn er ihn etwas mehr in der Nähe hätte besichtigen können. Dann hätte er auch etwas mehr Zeit für die Familie gehabt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auf Dauer ist es eben gar nicht gut, wenn die Industrie große Anzeigen schaltet, auf denen es zwar heißt „Mein Papa wird Ingenieur, um den Transrapid zu bauen“, aber darunter klein steht „in China“, sondern auf Dauer fasziniert man junge Leute, Ingenieurwissenschaften, Mathematik, Physik, Biologie zu studieren, wenn sie das hier machen können, wenn sie das hier werden können.

Deshalb möchte ich die Transrapid-Strecke auf die Tagesordnung bringen. Dabei geht es nämlich nicht nur um eine Flughafenanbindung für München oder eine Streckenführung für eine dicht besiedelte Ruhrgebietsregion, sondern um eine Alternative zum innereuropäischen Flugverkehr. Deswegen ist die Strecke Rotterdam - Amsterdam - Den Haag - Berlin - Warschau - Wladiwostok so interessant. Wenn man da 2100 fahren will, dann muss man 2003 schon einmal etwas geschafft haben, sonst fährt man da auch 2200 nicht. Darum geht es in dieser Diskussion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir möchten gerne, dass der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven für die Container-Anlieferung ausgebaut wird. Um dieses Projekt schultern zu können, brauchen wir aber Wachstum und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Da der Bund noch keine verbindlichen Zusagen gemacht hat, müssen wir noch gemeinsam eine ganze Menge Gespräche führen. Ich würde mich freuen, Herr Gabriel, wenn wir das gemeinsam machen könnten. Hier im Land tut die CDU gut, im Bund tut Rot-Grün gerade nicht gut, und daraus müssen wir jetzt das Beste machen; das ist die Situation, mit der wir fertig werden müssen.

Wir wollen auch andere Bereiche der Wirtschaft in Niedersachsen voranbringen, also nicht nur die Infrastrukturentwicklung, sondern auch den Tourismus und den Fremdenverkehr. Interessanterweise gucken die Leute, ob sie schneller nach Rügen oder an die holländische Nordseeküste kommen oder ob sie mit dem InterRegio oder jetzt dem InterCity auch an die ostfriesische Nordseeküste

kommen, ob sie in den Harz kommen, ob sie dort etwas vorfinden wie Radwandern, Wassersport oder Klettern, ob sie dort neue Themenschwerpunkte oder auch eine gute Infrastruktur zum Urlauben erleben.

Ich bin dafür, dass wir als Landesregierung als eine der ersten Maßnahmen den Stopp des Radwegebaus an Landesstraßen aufheben

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und stattdessen, Herr Gabriel, zu einer sehr viel intelligenteren Lösung kommen. Wenn Sie unserem Vorschlag gefolgt wären, bei ökologischen Baumaßnahmen wie dem Bau von Radwegen auf die Schaffung von Ausgleichsflächen zu verzichten - und die haben nun einmal eine ökologisch gute Bilanz, Frau Harms; das können Sie nicht bestreiten -, dann hätten Sie mit dem gleichen Geld doppelt so viel Radwege bauen können. Das heißt, wir können Radwege bauen mit dem Geld, von dem Sie keine mehr bauen konnten. Das ist unsere Philosophie, die dahinter steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei der näheren Befassung mit einer Regierungserklärung aus der Opposition heraus stellt man zunehmend fest, dass wir nicht nur im finanziellen und im wirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Bereich eine Umbruchsituation haben. Hier in Niedersachsen galt einmal der Begriff „Soziales Niedersachsen“. Persönlichkeiten wie der sozialdemokratische Sozialminister Kurt Partzsch oder auch der christdemokratische Kollege Hermann Schnipkoweit haben dazu Entscheidendes beigetragen. Die eigentliche Leistung für ein soziales Niedersachsen aber haben immer die Menschen vollbracht: in Familien, in der Nachbarschaft, in Vereinen und in Verbänden. Ihnen gebührt unser großer Respekt und unser tief empfundener Dank. „Nächstenliebe“ und „Dienen“ sind eben keine altmodischen Begriffe, sondern bezeichnen das, was Menschlichkeit ausmacht, nämlich dass sich Leute in diesem Land bei Kirchen, Verbänden, freien Trägern und Wohlfahrtsorganisationen engagieren. Wir bieten diesen Menschen, diesen Trägern und Organisationen an, mit ihnen Vereinbarungen zu treffen, damit sie als soziale Initiativen, gemeinnützige oder private Träger in Zukunft wieder wissen, woran sie sind.

Wer sich umschaute, stellt fest, dass Schwerbehinderte gerade in der Gesundheitsversorgung als chronisch Kranke zunehmend die Zweiklassengesellschaft erleben, dass Sozialstationen in der ambulanten Betreuung derjenigen, die weiter zu Hause leben wollen, zunehmend rote Zahlen schreiben und dass Obdachlose, Schuldnerberatungen oder die Aids-Hilfe in die soziale Randlage geraten sind. Mit diesen Einrichtungen werden wir ein offenes und ehrliches Wort darüber sprechen, wie wir Planungssicherheit für die Zukunft herstellen wollen, wie wir ehrenamtliches Engagement ermutigen und stärker öffentlich anerkennen können. Es wird mit der CDU-FDP-Landesregierung einen „Niedersächsischen Familienpreis“ geben, um Initiativen für Familien, für ein Zusammenleben von mehreren Generationen zu forcieren. Diesen Familienpreis haben Sie immer abgelehnt. Wir aber glauben, dass es wichtig ist, hier ein Signal zu setzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden in Niedersachsen gemeinsam mit den Kommunen Mehrgenerationenhäuser schaffen, in denen mehrere Generationen in einer offenen Tageseinrichtung gemeinsam voneinander lernen und Gemeinsames beginnen.

Wir werden uns in diesem Land um die wachsende Zahl älterer Menschen kümmern, damit sich diese darauf verlassen können, gut gepflegt und versorgt zu werden, wenn sie darauf angewiesen sind. Die erste Maßnahme dieser neuen Landesregierung wird es sein, die Zeit für Zuwendung zu erweitern, die Zeit für das Ausfüllen von Formularen zu verringern und die Überbürokratisierung in diesem Feld zu beenden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden diesen Schalter umlegen, weg von der Repression, dass man erst dann Geld in die Hand nimmt, wenn das Kind im Brunnen liegt, dass man aber das Geld vorher nicht hatte, wenn es hätte verhindert werden können, dass das Kind überhaupt erst in den Brunnen hineinfällt. Das heißt, wir werden die Prävention ausbauen. Dazu gehört z. B. Sprachförderung bei Migrantenkindern, d. h. dass man sich um diejenigen kümmert, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, die schwierige Probleme haben und die wir hier integrieren wollen und integrieren müssen. Wir müssen

gemeinsam mit der Wirtschaft Anstrengungen für Ausbildung und Arbeit unternehmen und werden an diesem Punkt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der letzten Monate fortsetzen.

Die Jugendbüros und die Initiativen, sich um jeden Schulabgänger zu kümmern, waren ein Beispiel dafür, dass Anregungen vonseiten der Opposition auch einmal aufgenommen wurden. Ich fand es gut, dass immer darauf hingewiesen wurde, dass der Landkreis Emsland, der Landkreis Rotenburg, der Landkreis Gifhorn oder auch die Stadt Oldenburg dies besonders gut machten, weil sie sich um jeden Einzelnen individuell und persönlich kümmern. Dafür sind nun einmal die Kommunen die richtige Stelle, weil sie die Schuldnerberatung machen, weil sie die Drogenberatung machen, weil sie die Sozialhilfe auszahlen. Die Kommunen wissen, wie dem Einzelnen individuell richtig geholfen werden kann. An dieser Stelle muss Jugendpolitik in einem ganz umfassenden Sinne gesehen werden, weil sie dazu führt, dass viele Folgekosten gar nicht erst entstehen.

Nicht nur die Alten und die Jungen haben die Garantie, bei uns gut aufgehoben zu sein. Auch die Frauen werden dies feststellen. Frau Bührmann, Sie werden sehen, dass wir das Thema - - -

(Zuruf von Christina Bührmann [SPD])

- Na ja, Ihr Ministerium wurde während Ihrer Regentschaft aufgelöst. Insofern sollten Sie jetzt behutsam sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie sollten behutsam sein, Frau Kollegin Bührmann. Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinweisen, dass es nach wie vor Benachteiligungen von Frauen in unserem Land gibt. Es gibt Rollenklischees.

(Zuruf von Monika Wörmer-Zimmermann [SPD])

- Wenn es so einfach wäre, wie Sie es jetzt deuten. Wir haben Rollenklischees, Doppelbelastungen, Vorurteile und Diskriminierungen. Aufgabe des Staates wäre es, dabei zu helfen, Wahlfreiheit zu organisieren. Und Arbeit ist nicht nur Berufsarbeit, und Leistung ist eben nicht nur berufliche Leistung, sondern das, was in der Familie, in der Erziehung der Kinder, in der Organisation des Haushalts

oder in der Pflege von Angehörigen gemacht wird, ist eben auch Arbeit und Leistung. Aber es wäre ein dringlicherer Appell an die Männer zu richten, sich in diesem Falle ein bisschen stärker zu engagieren und den Frauen ein bisschen mehr Unterstützung zuteil werden lassen. Das ist die Sichtweise von Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mir ist schon wichtig, dass wir mit dem Landesfrauenrat bzw. mit den Gleichstellungsbeauftragten Niedersachsens auch innerhalb der Landesverwaltung nach Wegen suchen, damit gerade der öffentliche Dienst vorbildhaft handelt. Wir werden als Landesregierung darauf achten, dass alle Gesetze darauf überprüft werden, ob sie Ehe und Familie schützen und befördern oder ob sie sie in besonderer Weise belasten.

Das gilt dann auch für die Kranken in unserem Land. Wir werden es nicht schaffen, die enormen Investitionsstaus im Krankenhausbereich aufzulösen. Sie haben das so runtergefahren, dass sich viele Krankenhäuser in einem ziemlich desolaten Zustand befinden. Aber wir werden dafür sorgen, dass in diesem Land eine moderne Krankenhausversorgung auch in Zukunft in der Fläche des Landes sichergestellt ist, indem wir Planungssicherheit herbeiführen, um dadurch private Investoren zusätzlich zu gewinnen. Das wird auch in diesem Bereich Früchte tragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Neben den Fragen der Ökonomie, der Wirtschaft, der Finanzen und des sozialen Miteinanders, die in den letzten Jahren in Niedersachsen ein bisschen zu kurz gekommen sind, stellt sich die Frage: Wofür ist Staat eigentlich wirklich da, wirklich wichtig? Um nämlich die Menschen in die Lage zu versetzen, ein eigenverantwortliches Leben zu führen, selber auf eigenen Beinen stehen zu können und zurecht zu kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein gutes, altes Sprichwort sagt: An guten Schulen und guten Wegen erkennt man den guten Staat. Ich will Herrn Möllring nicht ärgern, wie ich Herrn Aller geärgert habe, indem ich Knigge zitiere. Aber Knigge sagt, dass jeder Dorfschulmeister, der seinen Beruf wirklich wahrnimmt, wichtiger ist als

jeder Finanzminister im Staate. Dieser Satz „An guten Schulen und guten Wegen erkennt man einen guten Staat“ hat aber mehr Bedeutung denn je. Bildung, Wissen, Qualifikation und Kompetenz werden doch zu *den* Standortfaktoren im weltweiten Wettbewerb.

PISA ist eben ein Fanal gewesen, nämlich dass das Land Niedersachsen unter 14 Bundesländern bei der wichtigen Lesekompetenz auf dem zehnten Platz liegt, bei Naturwissenschaft und Mathematik auf dem elften Platz liegt, hinter Polen und gerade noch vor Russland und Lettland, die bekanntlich sehr viel mehr Nachhol- und Aufholbedarf als viele andere Länder haben, mit denen wir uns früher gemessen haben.

Die Kurskorrektur dieser Landesregierung wird darin bestehen, Unterricht wieder vollständig zu erteilen, um gerade Lernschwächeren Hilfestellung anzubieten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden dabei in die Menschen investieren, die unsere Kinder ausbilden, also in die vielen Lehrerinnen und Lehrer im ganzen Land. Die fühlen sich ziemlich diffamiert und allein gelassen. Die Lehrerinnen und Lehrer haben gespürt, dass beispielsweise Präsenztage in den Ferien eher das Ausleben von Schikane und Misstrauen als eine wirklich sinnvolle Maßnahme waren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer die eigenverantwortliche Schule will, wer die selbständige Schule will - wir wollen sie ja -, der muss dann auch den Lehrerinnen und Lehrern überlassen, dass sie Wandertage, Ausflüge und Fortbildungen soweit wie möglich in die Ferien legen, und muss überprüfen, ob die Lehrerinnen und Lehrer dem Vertrauen in ihr Verantwortungsgefühl gerecht werden. Wer sie aber diffamiert, wer sie beschimpft und wer sich anschließend solche Regelungen ausdenkt, der wird erleben, dass er nicht nur abgewählt wird, sondern dass die neue Regierung diese Präsenztage abschafft. Das wird eine der ersten Maßnahmen unserer Regierung sein, um denjenigen ein Stück Vertrauen entgegenzubringen, die neben der Familie der wichtigste Ort sind, um Heranwachsende ins Leben zu führen und mit Werten und Inhalten zu versehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Lage von Bildung und Ausbildung wird es sicherlich demnächst eine Regierungserklärung in diesem hohen Haus geben, in der wir darlegen, dass bei 30 000 zusätzlichen Schülern, bei zusätzlichen Aufgaben für die Hochbegabtenförderung, Naturwissenschaften und Ganztagsangebote letztlich weitere Verpflichtungen hinzukommen, beispielsweise die Abarbeitung des Lehrermehrarbeitskontos, was uns jeweils 700 Lehrerstellen kostet, die durch den Unterricht, der bereits erteilt wurde, schon „verbraucht“ worden sind und der demnächst von den Lehrern weniger erteilt werden muss, die ihn erteilt haben. Deshalb werden wir diese 2 500 Lehrerstellen einrichten, damit jede qualifiziert ausgebildete Lehrerin bzw. jeder qualifiziert ausgebildete Lehrer nicht mehr gezwungen ist abzuwandern, sondern hier in Niedersachsen eingestellt werden kann, wodurch die Abwanderung entsprechend verhindert wird.

Ein Gesamtkonzept zur Bildungspolitik dieser Landesregierung beginnt in der Familie, führt über einen Kindergarten, der besser auf die Grundschule vorbereitet, geht über die Grundschule als *der* Schule schlechthin, denn dort wird die Basis für die weitere schulische Laufbahn unserer Kinder gelegt, dort wird die Einstellung zur Schule gebildet, das Zutrauen zu sich selbst, Leistungsmotivation und Lernfreude. Deshalb werden wir auch die Volle Halbtagsschule in diesem Sinne von Verlässlichkeit erhalten - eigentlich sollten alle Schulen verlässlich sein; deswegen haben wir den Begriff immer bekämpft -, weil wir wollen, dass sich die Eltern darauf verlassen können, dass die Kinder in einer festen Zeit betreut werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir können nicht damit leben, dass wir einzelne Schulen zu verlässlichen Schulen machen und dass andere damit den Ruf einer unzuverlässigen Schule erhalten. Wenn wir regieren, sind alle Schulen verlässlich,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

die Lehrer werden motiviert, und die Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule wird geprägt. Das bedeutet, dass die Grundschulen beraten, dass sie die Eltern kontinuierlich betreuen, dass sie am Ende der 4. Klasse eine Empfehlung

abgeben und dass die Eltern dann eigenverantwortlich mit freiem Elternwillen entscheiden, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen soll. Wir müssen in diesem Fall den Appell nicht nur an die Lehrer richten, uns zu helfen, sondern wir müssen ihn auch an die Eltern richten, denn es gibt zwei grundlegende Voraussetzungen für Lese- und Sprachkompetenz: das Vorbild der Eltern und das tägliche Vorlesen.

Ich möchte an dieser Stelle den Appell an alle Eltern und Erwachsenen richten, dafür zu sorgen, dass Bücher greifbar sind und dass sie sich - selbst wenn die Zeit mitunter knapp ist - die Zeit nehmen, kleinen Kindern mehr vorzulesen, damit diese auch so etwas erlernen, das mit fünf Jahren abgeschlossen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen Werteerziehung. Dabei kommt dem Religionsunterricht eine sehr große Bedeutung zu. Wir wollen die Nutzung der Chancen jedes Einzelnen in einem differenzierten, begabungsgerechten Bildungswesen. Wir werden die Hauptschule mit mindestens fünf Schuljahren konsequent auf die berufliche Ausbildung ausrichten. Wir werden eine sechsjährige Realschule stärken und ein achtjähriges Gymnasium mit Abitur nach Klasse 12 bilden. Das wird 2004, spätestens 2005 losgehen. Dann bleibt den Eltern sowohl die Orientierungs- als auch die Förderstufe erspart, mit der Sie die Leute mit einem leistungsneutrierenden Losverfahren wirklich gegen sich aufgebracht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir gönnen uns viel zu selten den Luxus des gegenseitigen Besuches unserer Versammlungen. Sie können sich nicht ausmalen, was bei meinen Versammlungen los war, wenn ich Ihre Förderstufe erklärt habe.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das liegt aber an Ihrer Erklärung! Was meinen Sie, was bei uns los war, wenn ich sie erklärt habe!)

- Ich habe es so erklärt, wie es Frau Jürgens-Pieper hier erklärt hat, sofern man es erklären konnte. Es war ja nicht erklärbar. Man hat aber immer wieder versucht, es so zu erklären, wie es ins Schulgesetz geschrieben war. Es hat immerhin gereicht, um den Wechsel herbeizuführen. Insofern müssen Sie ein

Problem gehabt haben, das ausreichend kritisch zu erläutern.

(Beifall bei der CDU)

Für uns ist Bildungspolitik eine Politik der Vielfalt, denn das Gegenteil von Vielfalt ist Einfalt.

(Lachen bei der SPD)

Deswegen wollen wir sonderpädagogische Förderungen und Angebote für Hochbegabte. Daher sagen wir: Es soll sich doch jeder ein bisschen mehr so fördern und fordern lassen, wie es für ihn nach Kindeswohl in seiner homogenen Lerngruppe das Beste ist. Dabei soll es fließende Übergänge und Durchlässigkeit geben. Für die Schulträger, für die unser Modell sowieso das kostengünstigste ist, soll es eine besondere Form der Betreuung geben. Das hat das von Ihnen in Auftrag gegebene DIPF-Gutachten dankenswerterweise ergeben. Wir brauchen gerade für Migrantenkinder mehr Sprachförderung und maßgeschneiderte Konzepte für lernschwächere und lernstarke Schüler in den Berufsschulen. Die Berufsschulen werden kein Schattendasein mehr führen. Gerade weil sie 70 % eines Schuljahrgangs aufnehmen, bedürfen sie besonderer Förderung. Wir werden landesweit einheitliche Vergleichsarbeiten und Leistungsüberprüfungen einführen - aus Gründen der gerechten Leistungsbewertung von Schülern, des notwendigen Leistungsvergleichs und der Sicherung notwendiger Standards als besserem Rüstzeug im Hinblick auf das Berufsleben und den Wettbewerb. Wir wissen um die Schulen in freier Trägerschaft und werden auch mit ihnen über eine unbürokratischere Bedarfsermittlung reden, damit das Geld den Schülern und Lehrern zugute kommt und nicht etwa der Schulbürokratie.

Wir wollen in der Wissenschaftspolitik die Politik der bisherigen Landesregierung verfeinern, zum Teil fortführen und zum Teil korrigieren, wenn es darum geht, dass auch der Senat wieder mehr Möglichkeiten braucht, auf Zielvereinbarungen Einfluss zu nehmen. Es ist ein gemeinsames Anliegen, den Brief der norddeutschen sozialdemokratischen Wissenschaftsminister an Frau Bulmahn auch als norddeutscher CDU-Politiker mit zu unterzeichnen. Denn es kommt nicht alle Tage vor, dass eine parteiübergreifende Initiative gegenüber der Bundesregierung möglich ist, in der der Bundesbildungsministerin bei der Mittelvergabe und der Haushaltsbudgetplanung Fantasielosigkeit vorgeworfen wird und in der darauf hingewiesen

wird, dass der Norden - obwohl Rot-Grün in Berlin regiert - gegenüber anderen Räumen Deutschlands nach wie vor völlig benachteiligt ist. Das sollten wir gemeinsam reduzieren, indem hier Forschung gefördert wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hierbei wird es einige Korrekturen geben. Wir werden den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht nur über die Juniorprofessur, sondern auch über die Habilitation wieder zum Professorenberuf führen. Wir werden die Studenten ihre Hochschule aussuchen lassen und die Hochschulen ihre Studenten. Deshalb werden wir die zentrale Vergabe von Studienplätzen so bald wie möglich kündigen und eine entsprechende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes bewirken. Ich meine, das alles wird mit der Zustimmung von Herrn Oppermann möglich sein. Wir werden die Hochschulen zu Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung machen und Initiativen zur Gründung von Unternehmen in Hochschulnähe unterstützen.

Fachhochschulen - dazu gibt es meiner Meinung nach in diesem Haus einen Konsens - sollen eine echte Alternative sein. Wir brauchen diese Fachhochschulentwicklung im Land als praxisnäheres Angebot neben den akademischen Hochschulen. Wir bekennen uns zu den Berufsakademien. Sie sollen in der Hochschullandschaft einen größeren Raum einnehmen und bestmögliche qualifizierte Bildungsangebote machen.

Bei aller zeitlichen Straffung kommen bei uns Kunst und Kultur nicht zu kurz. Wenn die Menschen ein bisschen Sensus für kulturelle Fragen und Anliegen entwickeln, dann werden sie in vielen Bereichen für den Staat aufgeschlossener, engagierter und weniger betreuungsbedürftig sein. Wir hoffen, dass sich Kultursponsoring und Stiftungswesen ebenso entwickeln wie die Kreativitätsförderung für Kinder und Jugendliche in der Kinder- und Jugendkulturarbeit. Es wird von uns aus eine Initiative geben, um die vielen professionellen und ehrenamtlichen Musikangebote unseres Landes zu einer Initiative „Musikland Niedersachsen“ zusammenzuführen. Wir werden das lebenslange Sich-Entwickeln, Sich-Orientieren und Dazulernen auch in der Erwachsenenbildung zum Ausdruck bringen, indem wir ihr und den vielen Trägern in unserem Land eine angemessene staatliche Förderung sichern.

Eine besondere Rolle - das wird Sie nicht verwundern - haben die Kirchen in unserem Land. Sie zu würdigen, heißt, den Beitrag der Kirchen ernster zu nehmen. Bei dem, was uns bevorsteht an Kürzungen, an finanziellem Umbau, an mehr Selbständigkeit und an mehr Eigenverantwortung, brauchen wir Orientierung und Wertmaßstäbe. Ich finde es reizvoll, dass in die Amtszeit der jetzt gewählten Niedersächsischen Landesregierung im Jahr 2005 der Evangelische Kirchentag in Hannover fällt. Es wäre toll, wenn uns dort das gelänge, was uns bei der EXPO nicht gelungen ist, nämlich dass in allen Einrichtungen des Landes gemeinsam darüber nachgedacht wird, wie man einen solchen Tag und eine solche Veranstaltung zu einem ganz besonderen Ereignis des gesamten Landes machen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist vielleicht etwas einfacher - sicherlich auch nicht ganz leicht -, als wenn wir an Sie appellieren, das Schlesier-Treffen, das wir auch 2005 wieder in Hannover veranstalten wollen, mit Ihnen gemeinsam zu einem besonderen Ereignis zu machen. Aber wir freuen uns darauf, dass es wieder in Hannover sein wird und dass wir die Patenschaft mit Schlesien wieder ernster nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen das, nachdem das bei der EXPO nicht so glücklich gelaufen ist, auch bei den Olympischen Spielen 2012 erreichen. Wir wollen, dass sie in Hamburg stattfinden - 40 Jahre vorher war München an der Reihe, jetzt soll es Hamburg sein - und dass wir an den niedersächsischen Austragungsorten und bei Segelwettbewerben in Cuxhaven ein wirkliches norddeutsches Highlight setzen, weil nicht nur der Breiten-, sondern auch der Spitzensport zum kulturellen Leben unseres Landes gehört. Der Spitzensport liefert Vorbilder, Frauen und Männer, die für viele ein Anreiz sind, ihnen nachzueifern und entsprechend auf dem Weg voranzukommen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Herr Wulff, ein Wort noch zur Bundesgartenschau!)

- Ich weiß, dass Sie der Kulturförderung eine begrenzte Bewandnis beimessen, weil Sie sagen, das entwickelt sich von sich aus oder gar nicht.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Ich muss diese Frage stellen!)

Wir meinen, dass sich das auch mit staatlichem Schutz und Rahmen und einer gewissen Verantwortlichkeit der Politik entwickeln sollte. Wenn wir z. B. das Patenland von Schlesien sind, dann sollten wir die Patenschaft auch leben und dürfen sie nicht einfach ausbluten lassen, wie Sie das gemacht haben, indem man sich der Verantwortung entzieht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin zwar auch einmal darauf aufmerksam gemacht worden, dass man in jedem Land der Welt, in das man reist, immer das Land, in das man gereist ist, in der Mitte der Karte sieht. Das ist eine Augenfälligkeit, die Länder so an sich haben. Aber im Falle unseres Landes Niedersachsen liegen wir zweifelsfrei in den meisten europäischen Karten zu Recht in der Mitte. Ich kam durch Schlesien darauf, weil Sie gerade etwas hilfeschend zur Regierungsbank schauen. Ich meine, wir müssen aus dem Thema der Osterweiterung etwas für Niedersachsen machen. Hier muss die Musik spielen. Hier laufen die Ost-West- und Nord-Süd-Trassen. Hier findet die Musik statt, wenn wir es richtig machen, oder auch nicht, wenn wir es falsch machen. Gerade damit wollen wir Schluss machen. Insofern passt hier die Logik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt einige weitere Felder, die Sie nicht im Sinne von „Wo ist die Bundesgartenschau?“ diffamieren dürfen, sondern die für uns als Regierung wichtig sind. Das ist die Kernaufgabe des Staates innere Sicherheit. Freiheit ohne Sicherheit ist nämlich nicht denkbar. Die Leute können nur frei leben, wenn sie sich auf die Sicherheit verlassen können. Das liegt gerade im Interesse der Personen, die sich keinen persönlichen Schutz - z. B. keine Alarmanlage - leisten können. Sie sind darauf angewiesen, dass Einbrechern, beispielsweise Banden, die durch Europa reisen, das Handwerk gelegt wird. Es beunruhigt uns seit Jahren, dass wir das Bundesland mit der geringsten Polizeidichte sind und dass wir selbst bei einer Einstellung von 1 000 Polizeianwärtern, zu der wir stehen, diese Situation nicht entscheidend werden ändern können. Freie Polizistenstellen müssen aber besetzt werden, wenn ausreichend viele ausgebildet wur-

den. Wir werden das Gefahrenabwehrgesetz, das Sie verniedlichend so genannt haben, wieder zu einem wirklichen Gesetz für Sicherheit und Ordnung machen.

Wir werden den Unterbindungsgewahrsam verlängern. Wir werden Ordnung wieder zum Schutzgut machen. Wir werden in der Landespolitik im Polizeirecht dafür sorgen, dass bestimmte Dinge geregelt werden, die auch anderswo geregelt sind, z. B. der finale Rettungsschuss. Es ist für mich immer unverantwortlich gewesen, dass wir hier manchmal jeden Mist im Detail regeln, dass wir bei aller Wichtigkeit 20 Paragraphen zum Datenschutz haben, aber beim Einsatz des Polizisten ein mit Sicherheit tödlich wirkender Schuss in akuter gegenwärtiger Lebens- und Leibesgefahr - beispielsweise für eine Geisel - nicht geregelt ist, weil das Parlament zu feige ist, das zu regeln, und dass man den Polizeibeamten, der für uns den Kopf hält, darauf verweist, sich mit Zivilrecht aus der Verantwortung zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Dinge werden wir im Polizeigesetz regeln. Wir werden hier ein Gesetz verabschieden, wie es Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen-Anhalt für die nachträgliche Sicherungsverwahrung haben, um den Schutz vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern zu verbessern. Ich bin froh, dass Frau Bundesjustizministerin Zypries auf unserer Seite steht gegen Ihre Bedenken, dass das Landesparlament das regeln könne. Ich will den Schutz von Kindern und Frauen. Dann kann ich es nicht verantworten, dass jemand auf freiem Fuß gesetzt wird, der selber nach wie vor als gefährlich eingestuft wird.

Wir wollen den genetischen Fingerabdruck in mehr Fällen. Wir wollen das über schwere Straftaten hinaus ausweiten, insbesondere im Zusammenhang mit Sexualdelikten, weil mancher Exhibitionist später bei schwereren Straftaten gegen Kinder und Jugendliche leider wieder auftaucht.

Wir werden den Gesetzentwurf Baden-Württembergs unterstützen. Die Ausweitung, wie es die CDU gewünscht hätte, hat es nicht gegeben. Es hat aber einen guten Kompromiss gegeben. Das ist für die Erhöhung der inneren Sicherheit wichtig.

Wir werden im Jugendstrafrecht dagegen vorgehen, dass immer mehr Kinder und Jugendliche immer häufiger in der Kriminalitätsstatistik auftau-

chen. Wir wollen, dass es neben einer Bewährungsstrafe Jugendarrest als so genannten Warnschussarrest gibt und dass es eine höhere Strafe bei Jugendstrafe gibt. Es kann nicht sein, dass jemand mit 21 Jahren wegen dreifachen Mordes, den er mit 20 Jahren begangen hat, verurteilt wird und dann nach zehn Jahren wieder auf freiem Fuß ist, wie es jüngst in Baden-Württemberg passiert ist. Wir wollen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt, und werden deshalb das Modell - - -

(Unruhe bei der SPD)

- Dieser Fall ist doch wirklich traurig gewesen, dass jemand mit 20 Jahren drei Menschen umbringt, zehn Jahre Höchststrafe bekommt und mit 30 Jahren bei der Vergewaltigung einer jungen Frau festgenommen wird. Das ist doch nun wirklich ein Fall, sodass man sagen muss: Da muss die Politik handeln und die Gesetze verschärfen und dagegen vorgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Zustimmung von Sigmar Gabriel
[SPD])

Es wird wichtig sein, im Bereich der Rechtspolitik etwas zu verändern. Es wird auch wichtig sein, im Bereich der Justizpolitik die Überlastung der Gerichte zu vermindern und die Überbelegung der Haftanstalten zu verringern. Wir müssen auch etwas für die Bediensteten im Bereich des Strafvollzuges tun. Das geht am ehesten, wenn die alte Forderung umgesetzt wird, dass Ausländer, die hier verurteilt sind, ihre Strafe im Regelfall im Heimatland absitzen, wenn sie hier keinen verfestigten Aufenthaltstitel haben, und nicht etwa insbesondere in den Fällen, bei denen anschließend ohnehin eine Abschiebung vorgesehen ist. Das ist eine alte Forderung der CDU, die seit Jahren von der Bundesregierung nicht umgesetzt wird. Wir werden jetzt seitens der Landesregierung Druck machen, dass die Haftverbüßung im Heimatland erfolgen soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Regierungswechsel in Niedersachsen heißt auch, dass wir Bagatelldelikte, wie Graffiti oder Ladendiebstahl, konsequent verfolgen, und heißt auch, dass wir die Korruption in ihrer herausragenden Bedeutung stärker bekämpfen und dass wir alles tun, um Terror und terroristischer Gefahr zu begegnen. Wenn der jetzige Präsident des Bundesnachrichtendienstes darauf hinweist, dass in

Deutschland die Gefahr bestehe, dass Deutschland nicht nur Ruhe- und Vorbereitungsraum für Anschläge im Ausland sei, sondern auch zum Ausführungsraum von Anschlägen werden könnte, dann müssen wir das Sicherheitspaket II des Bundes unverzüglich in niedersächsisches Landesrecht umsetzen. Das ist bisher nicht geschehen. Wir werden das machen. Das sind Defizite aus Jahren sozialdemokratischer Regierung, die wir beseitigen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Felder Finanzen, Wirtschaft, Verwaltungsreform, die Frage der Jugendausbildung und die Felder der inneren Sicherheit werden um die Frage der fairen Behandlung von Ballungsräumen und ländlichen Räumen ergänzt. Auch da bleiben wir uns treu. Wir haben vor der Wahl gesagt: Es kann nicht sein, dass die Fläche ausblutet. Wir erleben die Schließung und den Abzug von Behörden, eine mangelnde Polizeipräsenz, den Rückzug von Bahn und Post, die Schließung von Standorten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr. Wir erleben das jetzt auch im Bereich der Arztversorgung. Die Apotheken im ländlichen Raum machen zu. Die Unterrichtsausfälle sind dort am höchsten. Wir wollen, dass der ländliche Raum ernster genommen wird. Deswegen werden wir dem Landwirtschaftsminister die Landesraumordnung, die Landesplanung und Aufgaben der ländlichen Räume übertragen, um dort ein richtig starkes Ministerium für den ländlichen Raum zu schaffen, das darauf achtet, dass auch dieser Raum zu seinem Recht kommt.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Philipp Rösler [FDP])

Dabei wird der Landwirtschaftsminister seine originäre Aufgabe nicht vernachlässigen, nämlich endlich durchzusetzen, dass konventionell wirtschaftende Betriebe genauso fair behandelt werden wie ökologischer Landbau.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen das Leitbild einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen, unternehmerischen und am Markt orientierten Land- und Forstwirtschaft, die flächendeckend betrieben wird. Sie pflegen unser Landschaftsbild, sie sorgen sich um unsere Natur, sie sorgen sich vor allem um die Vitalität des ländlichen Raumes, unserer Dörfer, unserer kleinen

Gemeinden, und sie sorgen für Lebensmittel, die gesund sind. Wir werden dafür sorgen, dass Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen der Verbraucher beachtet werden.

Die staatliche Förderung muss stärker auf das Zusammenarbeiten, auf gemeinsames Produzieren mit gemeinsamen Maschinen und gemeinsame Vermarktung ausgerichtet werden. Da gibt es Rationalisierungsreserven.

Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass europäisches Recht bei Tier- und Pflanzenschutz 1 : 1 umgesetzt wird. Wir wollen bei grüner Gentechnik die Möglichkeit der Chancen, aber die Transparenz und die Wahlfreiheit der Verbraucher. Es wird wichtig sein, dass wir uns die gleichen Chancen eröffnen, wie sie die Holländer, die Dänen oder die Belgier haben. Wir können nicht zulassen, dass unsere Landwirte Benachteiligte ideologischer Politik von Leuten sind, die von Landwirtschaft keine Ahnung haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der neue Niedersächsische Umweltminister wird durch eine sehr konsequente Umweltpolitik aufhorchen lassen, weil wir nämlich dann erfolgreich Umweltpolitik machen, wenn wir sie mit den Menschen machen, wenn sie selber mittun und mitmachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist übrigens leicht zu lernen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht in Rio de Janeiro erfunden wurde - da waren die Reisekosten hoch -, sondern es wurde von den Landwirten erfunden. Die betreiben ihre Höfe so, dass auch kommende Generationen darauf leben können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir betreiben keine Ausbeutung der Natur, keinen Raubbau an der Natur, sondern wir praktizieren Nachhaltigkeit beim Schutz von Luft, Wasser und Boden. Wir setzen dabei auf neue Technologien. Wir fürchten uns nicht vor neuen Technologien, sondern wir wissen, dass das Solarinstitut in Emmerthal, das Windinstitut in Wilhelmshaven Gründungen aus der Zeit von Walter Hirche - sozusagen der Regierungszeit Hirche I - sind, die heute noch große Früchte tragen,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei der FDP)

und dass diese Einrichtungen große Erfolge gezeitigt haben. Ich würde mir wünschen, wenn wir bei der Technik zur direkten Biomassenutzung, bei Technologien auf der Basis der Brennstoffzelle zur Stromerzeugung oder auch bei Speichersystemen ähnlich vorankämen, die geeignet sind, Windstromaggregate wirtschaftlich und bedarfsgerecht bereitzustellen.

Wir werden beim Natur- und Biotopschutz mit den Grundeigentümern und Pächtern neue Wege finden. Wir werden Vertragsnaturschutz befördern. Wir werden vor allem einen einheitlichen Nationalpark Harz mit Sachsen-Anhalt in Form eines Staatsvertrages bilden, Gewässer, Grundwässer und Küstenschutz ernst nehmen.

Dies alles ist bei uns ebenso in guten Händen wie der Energiemix, dass man nicht einen Energieträger gegen den anderen ausspielt, sondern dass man seine Verantwortung wahrnimmt, auch bei der sicheren Endlagerung atomarer Abfallstoffe, radioaktiver Abfälle. Da werden wir verlässlicher Partner einer Bundesregierung sein, wenn es darum geht, Gorleben zu erkunden, um dann überhaupt erst entscheiden zu können. Wir werden auch Partner beim Abwarten der Gerichtsprozesse in Fragen Schacht Konrad sein. Wir sind eine Regierung, die bereit ist, ergebnisoffen zu sprechen. Aber wir als Land stehen zu unserer Verantwortung für getroffene Investitionen, insbesondere im Falle des Schachtes Konrad, und deswegen auch zum Planfeststellungsbeschluss. Das sind Gelder der Stromkunden. Das sind nicht unsere oder Ihre Gelder, sondern das sind Gelder der Bürger, die uns anvertraut worden sind.

Wir werden das auch auf anderen Feldern der Landespolitik machen, dass wir erst denken, dann Vorschläge machen, danach mit den Leuten reden und erst dann entscheiden und umsetzen. Die Leute werden es als wohltuend empfinden, wenn nicht mehr erst geredet, die Schlagzeile produziert und dann gedacht und wieder eingesammelt wird, sondern wenn endlich wieder vernünftig Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und bei der
FDP)

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist - in all der Schlichtheit, die Regierungserklärungen automatisch an sich haben, weil sie ja doch ein in Stein

gemeißeltes Programm sind und der freien Rede wenig zugänglich sind -, deutlich zu machen, dass diese neue Regierung vor allem eine neue Chance für unser Land ist, dass sie die Regierung eines neuen Anfangs ist, dass sie eine Regierung ist, die weiß, dass sich die Welt ändert und deswegen Niedersachsen den Anschluss braucht.

Nicht reden ist die Sache der Politik, sondern handeln. Deshalb wollen wir uns nach den ersten Stunden des Redens an die Arbeit machen. Verantwortung, Tatkraft, Subsidiarität und Gemein-sinn - das sind die Prinzipien unserer CDU-FDP-Landesregierung.

Wir möchten unter diesem Dach zu einer fruchtbaren Debatte für unser Land und die Menschen in Niedersachsen zusammenführen, und wir wissen, das Land muss generalüberholt werden. Wir wissen auch - selbst wir christliche Demokraten -, wir können nicht zaubern, aber wir können hart arbeiten. Muten wir uns und muten wir anderen mehr und überhaupt etwas zu für das Niedersachsen, für das wir für fünf Jahre gewählt sind - die einen als Regierung, die anderen als Opposition.

Aber mein Wunsch ist, dass das gesamte Parlament, auch die Mehrheitsfraktionen, über alle Phasen des Regierungshandelns hinweg die gesamte Landesregierung kritisch kontrolliert, aber auch dort unterstützt, wo es Not tut, wo es schwierig wird, wo es wichtig wird.

Wir leben in der Demokratie, und die beinhaltet nun einmal das Recht einer jeden Partei, beim nächsten Mal die Mehrheit haben zu können. Das ist gut so. Wir sind gerade selbst Nutznießer davon. Bezogen auf kommende Regierungen sollten wir in diesen Phasen auch erkennen: Was wir jetzt an Problemen lösen - vielleicht auch hier und da mit Ihrer Unterstützung -, das brauchen Sie in 20 oder 30 Jahren nicht mehr wegzuräumen. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Die Abgeordneten der CDU und der FDP erheben sich)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Ich muss Ihnen jetzt noch einige Mitteilungen machen.

Erstens weise ich darauf hin, dass der Ältestenrat jetzt gleich zu seiner ersten Sitzung im Raum 234 zusammentritt.

Zweitens wollte ich Ihnen mitteilen, was Sie eigentlich schon wissen, dass wir nämlich Morgen früh um 9.30 Uhr mit der Aussprache über die Regierungserklärung beginnen und dann zunächst Sigmar Gabriel das Wort bekommt.

Drittens wollte ich Ihnen mitteilen, dass diese Sitzung jetzt zu Ende ist. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

Schluss der Sitzung: 16.44 Uhr.